

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die festgesetzte Zeilen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verord-
 nungen und Beschlüsse 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 Nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 9. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Münchberg, H. durch G. U. i. St. 20.—, Adim, rote Geburts-
 tagsfeier 2.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis, Ost, 1000.—
 (darunter Staatspiel-Vereinsbank 8,00, Les- u. Diskontoklub „Avanti“
 10.—), 4. Kreis, Südost, 1000.— (dar. von G. Brüdern 10.—, Stat-
 klub Namenlos 10.—), 5. Kreis 100.—, 6. Kreis Rosenthaler Vor-
 stadt und Gesundbrunnen 500.—, 6. Kreis Wedding und Oranien-
 burger Vorstadt 900.— (darunter Lichtgeld vom Bau durch Gericht
 1,20, 6. Kreis Moabit 876,48 (darunter J. G. 8.—, 2 Oestreicher
 und 1 Belgier —, 60.) Berlin, diverse Beiträge: Von Ritzel, d. U. Dr.
 in zwei Raten 8,80, Dr. L. A. 50.—, Gesangsverein Sanges-
 lust I 6.—, A. B. und A. L. Alexandrinenstr. 27, 20.—, G. D.,
 Honorar für ein Referat im Verein deutscher Schuhmacher am
 27. 12. 1900, 6.—, A. B. 50.—, P. S., 50.—, G. E. 50.—, Julie,
 Ritterstr. 85, 20,20, St. 50.—, A. Quast, Wächterstr. 4.—,
 Pfingelinge von Malchow 4,80, Note Buchbinder, Grünstraße, 5.—,
 W. G. 2.—, Gasmesier Mariendorfer 10.—, Regel 71, 10.—,
 Statklub Hurra 4.—, Gef. durch Frau Reich auf gemüthlicher Sil-
 vesterfeier 3,75, Von den Mitgliedern der Gewerkschaft der Buch-
 drucker im „Vorwärts“ 20.—, Von den Mitgliedern des Verbandes
 deutsch. Buchbinder im „Vorwärts“ 150.—, Graebner 8.—, Bremen,
 von Parteigenossen 300.—, Bern 50.—, Drauschnitz, v. d. Gen.
 der Stadt Dr. durch den Vertrauensmann D. 200.—, Vuzichude,
 von den Alten durch Weber 3.—, Wochum, Wahlkreis durch den
 Kreisvertrauensmann 100.—, Breslau, socialdemokratischer Verein
 50.—, Chemnitz, 18. sächs. Reichstags-Wahlkreis in 2 Raten 300.—,
 Charlottenburg, W. E. 5.—, Dresden, 2. St. 1.—, Dresden, „Es
 ist erreicht“ 1000.—, Rosemann und Schneider 1.—, Delmenhorst,
 2 Genossen 2.—, Elbthal, Unbekannt 10.—, Ellenfeld i. V.,
 gesammelt bei einem roten Schachfest durch M. 5.—, Eifurt,
 Wahlk. Erf.-Schleus.-Biegenrüd 5.—, Gallenberg (Oberstf.) 2.—,
 Gaarden, von den Parteigenossen d. d. Vertrauensman 50.—,
 Gera (Neub.) 100.—, Gasthof bei Bremen, von Parteigenossen 10.—,
 Halle a. S., Parteibeitrag 300.—, Hartha 50.—, Hahfurt
 am Main, 2. Richter 3.—, Hamburg, im Monat Dezember
 in der Expedition des „Echo“ eingegangen 117,60, Jena, dritter
 weimarscher Wahlkreis 30.—, Lichtenstein-Kaltenberg, v. d. Partei-
 genossen, 20.—, Lahr, Altvater 5.—, Landsberg a. W., Beitrag
 von einem aus dem Holzarbeiter-Verband ausgeschiedenen Mitglied
 10,00, München, Waldbauer 5.—, Nürnberg, socialdem. Verein
 Rind.-Kld. 20.—, Osligs, durch C. St. 30.—, Oelsnitz i. V.,
 v. d. Parteigenossen durch den Vert. 50.—, Pforzheim, von
 badischen Genossen 50.—, Potsdam-Osthavelländischer Wahlk. durch
 den Kreisvert. B. in Velten 100.—, Pterwagen, A. V. 2.—,
 Schiffbau, socialdemokratischer Verein durch H. St. 100.—,
 Stuttgart, G. U. 10.—, Solingen, durch den Kreis-
 vertrauensmann C. St. 100.—, Teltow-Beeslow-Strölow-
 Charlottenburger Wahlkreis 1000.—, Torgau, Wahlkreis Torgau-
 Liebenwerda d. d. Kreisvert. 14,10, Weichselburg, Silvester-Auktion
 3,00, Zabrze G. A. 1,50.
 Berlin, den 8. Januar 1901.

Für den Parteivorstand:
 A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Die preussische Thronrede.

Der preussische Landtag wurde gestern von dem Reichs-
 kanzler Grafen v. Bälou durch Verlesung der nachstehenden
 Thronrede eröffnet:

Erlaubte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern
 des Landtags!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Er-
 öffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die

Finanzlage des Staats

ist fortwährend günstig.

Das abgeschlossene Rechnungsjahr 1899 hat, ebenso wie die
 vorangegangenen Jahre, trotz des starken Steigens der Ausgaben
 auf allen Gebieten staatlicher Thätigkeit, einen beträchtlichen Ueber-
 schuss ergeben. Für das laufende Jahr darf ein Gleiches erwartet
 werden.

Der

Staatshaushalts-Etat

für 1901, dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird,
 hält in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht. Eine erhebliche
 Vermehrung der Einnahmen, zu welcher wie in den Vorjahren über-
 wiegend die eignen Betriebsverwaltungen des Staats neben ge-
 steigerten Steuererträgen beitragen, hat es gestattet, dem Ausgabe-
 bedarf aller Verwaltungszweige in weiterem Umfange Rechnung zu
 tragen und insbesondere einmalige und außerordentliche Auf-
 wendungen in reichlichem Maße vorzusehen.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse der

Staats-Eisenbahnen

sind zufriedenstellend und auch für das nächste Jahr ist ein günstiges
 Resultat zu erhoffen. Zur Erweiterung und Vervollständigung des
 Staats-Eisenbahn-Netzes und zur Förderung von Kleinbahn-
 Unternehmungen werden wiederum erhebliche Mittel von Ihnen er-
 beten werden.

Die Steigerung der

Provincialabgaben

erfordert in Verbindung mit der durch Kreis- und Gemeindesteuern
 hervorgerufenen Belastung die erste Beachtung der Staatsregierung.
 Auf eine Abhilfe hinzuwirken ist um so mehr geboten, als diese Be-
 lastung in den an sich wirtschaftlich schwächeren Landesteilen be-
 sonders in die Erscheinung tritt und sich infolge der schwierigen Lage
 der Landwirtschaft in verschärfter Weise fühlbar macht. Die
 Staatsregierung beabsichtigt daher in Ergänzung der Vorstands-
 geseggebung den Provinzen für bestimmte Zwecke weitere Staats-
 renten zu überweisen, insbesondere zur Ausgleichung der Verschiden-

heiten in der Ausstattung mit Mitteln für den Wegebau; sie wird
 bemüht sein, dem Landtage noch in seiner gegenwärtigen Tagung
 eine entsprechende Vorlage zu machen.

Die bei den Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten
 über die

Kanalvorlage

des Jahres 1899 ausgesprochenen Wünsche haben der Staatsregierung
 Veranlassung gegeben, einen neuen und erweiterten Plan aufzu-
 stellen, der bestimmt ist, den Bedürfnissen der verschiedenen Landes-
 teile der Monarchie auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft durch
 den Bau von Kanälen und Verbesserung der Flußläufe gerecht zu
 werden. Der dem Landtag alsbald vorzulegende Gesetzentwurf
 fügt demgemäß dem Rhein-Elbe-Kanal hinzu: den Bau eines Groß-
 schiffahrtswegs von Berlin nach Stettin, die Herstellung
 einer leistungsfähigeren Wasserstraße zwischen der Oder und der
 Weichsel und die weitere Regulierung der Barthe von der
 Mündung der Nehe bis Posen, die Verbesserung der
 Vorflut in der unteren Oder sowie in der unteren
 Havel und den Ausbau der Spree. Zum leb-
 haften Bedauern der Staatsregierung haben die Ermittlungen
 darüber, ob und in welcher Gestalt der Masurische Schiff-
 fahrt-Kanal zur Ausführung zu bringen sei, noch nicht
 zum Abschluß gebracht werden können, da über den wirtschaft-
 lichen Wert einer solchen Anlage in der Provinz Ostpreußen selbst
 noch gewichtige Zweifel bestehen und aus Rücksichten der Landes-
 kultur große, bisher nicht beseitigte Bedenken gegen den Bau er-
 hoben worden sind. Um die Verbesserung der Wasser-
 strassen zwischen Oberschlesien und Berlin weiter zu
 fördern und die dafür geeigneten Mittel — Anlegung von Stau-
 weiden und teilweise Kanalisierung oder Regulierung des Ober-
 stroms — zu erproben, wird die Bewilligung eines hierfür aus-
 reichenden Betrags gefordert werden.

Die Durchführung der erwähnten Projekte wird ein zusammen-
 hängendes, die großen vaterländischen Ströme verbindendes
 Netz von Wasserstrassen schaffen und der Landeskultur wie den Ver-
 kehrsinteressen dienen. Die Staatsregierung giebt sich der
 Hoffnung hin, daß die erweiterte Vorlage die Zustimmung
 der Landesvertretung finden wird.

Dem Landtag wird der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die

Umlegung von Grundstücken

in Frankfurt a. M. zugehen. Der Entwurf verfolgt im Anschluß
 an frühere Verhandlungen beider Häuser den Zweck, der in dieser
 Stadt herrschenden Wohnungsnot durch die Schaffung von Bau-
 geländen abzuhelfen. Wenngleich die Vorlage sich zunächst nur auf
 die Stadt Frankfurt a. M. bezieht, so erhält der Gesetzentwurf, der
 vom Provinzial-Landtag der Provinz Hessen-Kassau einstimmig ge-
 billigt worden ist, dadurch eine allgemeinere Bedeutung, daß sein
 Geltungsbereich auch auf andre Gemeinden, falls
 dies von ihnen beantragt wird, im Wege könig-
 licher Verordnung wird erstreckt werden können.
 Wenn hiernach eine für eine einzelne Stadt und ein bestimmtes
 Gebiet der Wohnungsfürsorge besonders dringliche Frage vorab
 zur Erledigung gebracht werden soll, so erheischt doch die Ge-
 staltung der

Wohnungs-Verhältnisse,

namentlich in den dichtbevölkerten und überwiegend industriellen
 Gegenden weitere, die verschiedensten Gebiete kommunaler und
 staatlicher Fürsorge berührende Maßnahmen. Die Staatsregierung
 ist in der Erörterung darüber begriffen, welche Anordnungen
 im Verwaltungswege zu treffen und welche einer gesetzlichen
 Regelung zuzuwenden sein werden, um die hervorgerufenen Miß-
 stände zu mildern und namentlich dem Wohnungsbedarf-
 nisse der minder bemittelten Klassen nach
 Möglichkeit abzuhelfen.

Die Heranziehung gewerblicher Unternehmungen zu Voraus-
 leistungen für den

Wegebau

soll für die ganze Monarchie thunlichst einheitlich und gleichmäßig
 geregelt werden. Ein hierauf gerichteter Gesetzentwurf wird Ihnen
 voraussichtlich noch in dieser Tagung unterbreitet werden können.
 Auf dem Gebiete des

Medizinalwesen

wird Sie eine Vorlage zur Ausführung des Reichs-Seuchen-
 Gesetzes beschäftigen.

Die besonders geartete Entwicklung der Haupt- und Residenzstadt

Berlin

und ihrer größeren Vororte, die bereits im vorigen Jahre zu einer
 Umgestaltung der polizeilichen Verwaltung geführt
 hat, läßt eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Neuordnung
 auch auf den übrigen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung
 erforderlich erscheinen. Ihre Mitwirkung hierzu wird erbeten
 werden.

Meine Herren! In wenigen Tagen werden

zwei Jahrhunderte

vollendet sein, seitdem das Königreich Preußen erstand. Diese Er-
 innerung mahnt uns, festzuhalten und auszubauen, was in langer
 und schwerer Arbeit, unter der Führung ruhmreicher
 Fürsten, für Preußens Größe und Wohlfahrt errungen ist. Seine
 Majestät der König ist sicher, daß es hierzu an der hingebenden und
 verständnisvollen Mitwirkung des preussischen Volks und seiner ver-
 fassungsmäßigen Vertretung niemals fehlen wird.

Seine Majestät hofft, daß es mit Gottes Hilfe Ihnen gel-
 ingen möge, auch die bedeutenden Aufgaben der kommenden Session
 zu glücklicher Erledigung zu führen.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich
 den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Auffallend ist an der Thronrede, die den Schwung einer gericht-
 lichen Zustellung zeigt, vor allem die laie, fast gleichgültige Art,
 mit der die Kanalvorlage angekündigt wird. „Die Staats-
 regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß die erweiterte Vorlage
 die Zustimmung der Landesvertretung finden wird.“ Dieser malte
 Ton, nachdem die Regierung vor Jahren so gethan hat, als ob von dem
 Schicksal des Kanals das Wohl und Wehe des preussischen Staats
 abhängt. Oder hat Graf Bälou etwa die Vorlage schon sicher
 unter Dach und Fach gebracht? Haben sich ihm die bisheigen
 Kanalgegner vielleicht um den Preis eines hohen Getreibebezolls ver-
 lauft? Haben sie ihm gar die kriminelle Verstrafung des
 Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter abgehandelt? Die
 Thronrede schweigt von dieser Vorlage, die der Landwirtschafts-
 minister im vorigen Jahre als sicher bevorstehend angekündigt hat.
 Hält die Regierung sie als Kompensationsobjekt zurück, um sie den
 braven Juhlern, sobald sie über den Stod gesprungen sind, auf den
 Präsidententeller anzubieten?

Daß die Thronrede auch die herrschende Wohnungsnot
 in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen würde, war voraus-
 zusehen. Aber wie sie es gethan hat, das dürfte selbst
 den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Statt sich zu wirklich
 durchgreifenden Reformen zu entschließen, statt etwa auf dem Wege
 der Landesgesetzgebung unansehnlichen Grundstückswochtern ihr Hand-
 werk zu legen oder den Gemeinden die Möglichkeit zur Erwerbung
 wirksamer Maßnahmen zu geben, begnügt sich die Regierung mit
 der Ankündigung eines lokalen Gesetzes, das im Wege künftiger
 Verordnungen auf Ihren Antrag auch auf andre Gemeinden
 ausgedehnt werden kann. Auf das Gesetz selbst zurück-
 zukommen wird sich ja noch Gelegenheit bieten, wenn
 und der angekündigte Entwurf im Wortlaut vorliegt. Das
 eine aber läßt sich heute schon mit ziemlicher Sicher-
 heit sagen, daß eine Beseitigung oder Milderung der
 Wohnungsnot von der preussischen Regierung auch nicht ent-
 fernt ins Auge gefaßt ist. Ueber die Kohlennot und den
 Kohlenwucher äußert die Thronrede kein Wort!

Je weniger die Regierung ihren Kulturansprüchen gerecht wird,
 um so eifriger ist sie auf der andren Seite auf eine Ausdehnung
 und Erweiterung der polizeilichen Befugnisse bedacht. Die Spree-
 Präfeldier, die in den letzten Wochen wiederholt angekündigt und
 ebenso oft demittiert ist, soll nun greifbare Gestalt erlangen. Der
 Landtag wird um seine Mitwirkung zur völligen Vernichtung
 der Selbstverwaltung Berlins gebeten. Dagegen erwähnt die Thronrede
 mit keinem Wort die in den jüngsten Prozessen an die Offenlichkeit
 gedruckenen schweren Mißstände auf dem Gebiet der Kriminal-
 polizei. An eine Reform der Kriminalpolizei wird also
 anscheinend nicht gedacht.

Von den übrigen angekündigten Vorlagen ist nur noch die
 Sekundärbahn-Vorlage und die zur Ausführung des
 Reichs-Seuchengesetzes zu erwähnen. Von einer Weser-
 stellung der kleineren Beamten, die trotz der allgemeinen
 Teuerung doch mit ihrem bisherigen kurzen Gehalt auskommen
 müssen, von einer Hebung der Volksschule, von einer Für-
 sorge für die staatlichen Arbeiter hört man nichts. Dofte
 hat Herr v. Miquel kein Geld — trotz der günstigen Finanzlage.

Zum Schluß fordert die Thronrede dazu auf, festzuhalten und
 auszubauen, was in langer und schwerer Arbeit für Preußens Größe
 und Wohlfahrt errungen ist. Stolz können auf die bisherigen
 Errungenschaften in Preußen nur diejenigen sein, denen der äußere
 Schein alles, der innere Wert aber nichts ist. Wirklich groß aber
 wird Preußen erst dann werden können, wenn die erste Voraus-
 setzung dazu erfüllt und der Junkerbesitz ein Ende gemacht sein
 wird, die zu brechen auch unter der Führung ruhmreicher Fürsten in
 zwei Jahrhunderten nicht gelungen ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Januar.

Der Reichstag

hat die Hoffnung auf ein beschlußfähiges Haus, die der Präsident
 vor Beginn der Weihnachtsferien ausdrücken wagte, natürlich nicht
 erfüllt. Die erste Sitzung im neuen Jahre fand vor ganz leeren
 Bänken statt. Nur einem paar Duzend Abgeordneten konnte der
 Präsident seinen diesmal erheblich byzantinisch gefärbten Neujahrsgruß
 entbieten.

Die Neuordnung des Verlags- und Urheber-
 rechts, die den Reichstag am Dienstag in erster Lesung beschäftigte,
 umfaßt zwei durchaus getrennte Materien. Die Verhandlungen boten
 deshalb im ganzen und in den einzelnen Reden ein recht unzusammen-
 hängendes Bild. Bei dem Verlagsrecht handelt es sich um den
 Interessengegensatz zwischen Verlegern und Autoren, der
 auch von den bürgerlichen Vertretern der wirtschaftlichen
 Harmonie in diesem Falle zugesprochen wird. Im Urheberrecht
 wieder kommt die Interessengemeinsamkeit zwischen Verlegern
 und Autoren dem Publikum gegenüber zum Ausdruck. Daß der
 Schriftsteller dem Verleger gegenüber der wirtschaftlich Schwächere
 ist, bedarf keines Nachweises. Dennoch trägt der Entwurf diesem
 Gedanken so gut wie gar keine Rechnung. Und selbst wenn seine
 Bestimmungen viel durchgreifender wären, als sie es thät-
 sächlich sind, würden sie doch in der Luft schweben,
 weil ihre Aufhebung durch besondern Vertrag zwischen
 Verleger und Autor zulässig ist. Das Gesetz kam nur einen
 in seiner Wirkung sehr pessimistisch zu beurteilenden moralischen Ein-
 fluß auf die Verleger ausüben, beim Vertragsabschluss nicht allzu sehr
 von dem Recht des Stärkeren Gebrauch zu machen. Dazu kommt,
 daß die Verleger selber eine außerordentlich harte Organisation ber-
 tigen, die ihre Wünsche mit großem Nachdruck im Reichs-Justizamt

vorzutragen verstanden hat. Den Schriftstellern selbst fehlt so gut wie jede wirkliche Organisation.

Mit vollem Recht forderte unser Genosse Diez, der heute für die Fraktion sprach, in einer sachkundigen Rede, in der er sich, der selber ein hervorragender Verleger ist, durchaus auf den Standpunkt der produzierenden Autoren stellte, die Schriftsteller auf sich zu organisieren. Sein Interesse an dieser Organisation haben nur die 60 oder 70 Stars (erste Größen), die von der Gunst des lesenden Publikums getragen, den Verlegern ihre Bedingungen diktiert können.

Mit begehender Ironie kritisierte Diez einige merkwürdige Bestimmungen des Entwurfs; so den, daß der Fiskus das Erbe eines ohne Erben verstorbenen Verlegers antreten solle. Sehr scharf wandte er sich gegen den Vorschlag, das Verlagsrecht an einen Dritten übertragbar zu machen. Wenn es Herrn Sternberg einfiel, unter die Verleger zu gehen, was würde Herr Söder, so fragte er, dazu sagen, wenn der Verlag seiner Missionsschriften durch Kauf in die Hände dieses Mannes gelangen würde. Für notwendigere als die Neuordnung des Verlagsrechts bezeichnete unter Redner die Reform anderer Seiten der Gesetzgebung, die sich auf den Verlag beziehen. Vor allem die Beseitigung der durch das jetzige Preßgesetz geschaffenen Verantwortlichkeit des Verlegers und Druckers, die durch den Entwurf noch verschlimmert werden soll, indem es nach der Vorlage den Verlegern unter Strafe verboten wird, an dem Wortlaut eines ihnen zur Veröffentlichung übergebenen Manuskripts etwas zu ändern.

Die andern Redner aus dem Hause, die heute zu Worte kamen, Herr Spahn für die Centrumpartei, Herr Esche für die Nationalliberalen, Herr Dr. Krenndt für die Freikonserverativen und Herr Spahnmann für die süddeutsche Volkspartei, beschränkten sich auf die Kritik einzelner Punkte des Entwurfs. Für die Übertragbarkeit des Verlagsrechts traten die Herren Spahn und Esche mit Gründen ein, die der scharfen römisch-rechtlichen Vorstellung von der freien Verfügung über das Eigentum entsprachen.

Ein Regierungsvertreter nahm noch nicht das Wort. Herr Nieberding behält sich eine längere Rede zur Verteidigung des Entwurfs, an dem offenbar sehr viel juristischer Fleiß verwendet worden ist, wohl für Mittwoch vor, wo die Beratung fortgesetzt werden soll. Sie wird mit der Verweisung der Vorlage an eine Kommission enden, die heute schon beantragt worden ist.

Auf die Tagesordnung gesetzt ist die zweite Lesung der ersten Etatsteile, doch erscheint es zweifelhaft, ob man schon am Mittwoch damit wird beginnen können.

Preussischer Landtag.

Beide Häuser des Landtags hielten am Dienstag kurze gemeinschaftliche Sitzungen ab.

Das Abgeordnetenhause brachte das übliche Kaiserhoch aus und vertagte sich dann auf Mittwoch, wo das Präsidium gewählt und der Etat eingebracht werden soll.

Das Herrenhaus war fleißiger; es begnügte sich nicht mit dem Kaiserhoch, sondern nahm auch noch den Namensanruf vor und wählte sein bisheriges Präsidium wieder. Am Mittwoch wird sich das Hohe Haus mit der Frage der ostpreussischen Südbahn und mit der Zigeunerplage befassen. Anlaß dazu geben zwei Interpellationen der Herren Graf Klindowström und Graf Schlieben.

Frösche.

Es war einmal ein deutscher Dichter, der hieß Johann Wolfgang Goethe und verfaß im Nebenamt das Ministerium des damaligen Herzogs und heutigen Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, das den gewaltigen Umfang von 66 Seviertmeilen und an Einwohnern vielleicht den sechsten Teil so viel wie die Stadt Berlin hat. Ueber die Zustände des von ihm regierten Landes schrieb Goethe am 17. April 1787 an seinen Freund Anselm: „So fleig ich durch alle Stände aufwärts, sehe den Bauernmann der Erde das Nötige abfordern, das doch auch ein beglücktes Auskommen wäre, wenn er nur für sich selbst schwigte. Du weißt aber, wenn die Blattläuse auf den Rosenzweigen sitzen und sich hübsch did und grün gefogen haben, dann kommen die Ameisen und saugen ihnen den filtrierten Saft aus den Leibern. Und so geht's weiter, und die haben's so weit gebracht, daß oben immer in einem Jahr mehr verzehrt wird, als unten in einem beigetragen werden kann.“ Goethe zielte damit auf die Vergnügungssucht und Verschwendung des damaligen Herzogs Karl August, dem eine liebedienliche Geschichtsschreibung den Ruf eines großartigen Mäcen zurecht gemacht hat. Als seine humanen Bestrebungen an der Unverbesserlichkeit dieses „Landesvaters“ scheiterten, verzichtete Goethe auf seinen Ministerposten, mit dem melancholischen Geständnis: „Karl August hat mich nie verstanden“ und dem noch padenderen Stoßseufzer: „Der Frosch ist für's Wasser gemacht, wenn er gleich auch eine Zeittlang sich auf der Erde befinden kann.“

Goethe ist tot, aber seine Nachfolger Rothe, v. Pawell und v. Wurmb sind am Leben, Nachfolger zwar nicht auf dem Parnass, aber doch im Ministerium der Großmacht Sachsen-Weimar-Eisenach. Diese Herren veröffentlichen eine Proclamation des neuen Großherzogs, die in einem Stile abgefaßt ist, als schrieben wir nicht 1901, sondern 1787, wo deutsche „Landesväter“ ihre „gehorsamen Unterthanen“ wie Schlachtopfer an ausländische Militärdespoten veräußerten. Es heißt in der Proclamation: „Zu allen unsren treuen Unterthanen versehen wir uns, daß sie das Andenken ihres dahingegangenen hochherzigen Landesfürsten dadurch hochhalten und bewahren, daß sie uns, seinem Enkel und Nachfolger, dieselbe Ergebenheit und gleichen Gehorsam bezeigen.“ Da die Herren Rothe, v. Pawell und v. Wurmb auf die Ministerstühle eines deutschen Bundesstaats gelangt sind, so muß man bei ihnen ein gewisses Maß staatsrechtlicher Bildung voraussetzen, und da sollten sie doch wissen, daß es im Deutschen Reich keine Unterthanen, sondern Staatsbürger giebt, die nicht den Fürsten, sondern nur den Gesetzen Gehorsam schulden. Statt Goethes melancholisches Wort gleich an seinem dunkelsten Ende zu bestätigen, indem sie mitten in den Sumpf mittelalterlicher Devotionsstills zurückhüpfen, hätten die Herren Rothe, v. Pawell und v. Wurmb klüger daran gethan, durch die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Versammlungsrechts zu zeigen, daß sie sich „auch eine Zeittlang auf der Erde befinden“ können. So ein hundert Jährchen blieben sie damit ja doch noch hinter der heutigen Zeitrechnung zurück.

Nicht just um hundert aber doch um gute vierzig Jährchen ist am vorigen Sonntag ein Hause höchst notabler Frösche in den Sumpf zurückgehüpft. Die „Deutsche Gesellschaft für sociale Reform“ hat den famosen Beschluß gefaßt, ihre irdische Dornenbahn damit zu beginnen, daß sie sich selbst lasiriert; auf Vorschlag des berühmten Herrn Sombart-Democh, der es endlich aus sehr triftigen Gründen aufgegeben hat, die Arbeiter mit gleichnerischen Redensarten zu blenden und nun in dankenswerter Reue gleich ganz die Raste fortschleudert, die doch keinen Menschen mehr täuscht, hat jene Gesellschaft beschlossen, daß ihre Generalversammlungen keine bindenden Beschlüsse fassen dürfen, da man sich nicht der Möglichkeit zufällig, von lokalen Verhältnissen beeinflusster Majoritäten aussetzen wolle. Es ist darüber schon das Nötige an dieser Stelle

gesagt worden, jedoch lohnt sich wohl noch daran zu erinnern, daß der glorreiche Beschluß nicht einmal ein Originalgewächs, sondern eine verheerende Kopie eines von dem seligen Rationalverein vor vierzig Jahren gefaßten Beschlusses ist. Aus genau denselben Gründen, um diplomatische Hin- und Herbälle nicht durch ehrliche Arbeiterpolitik stören zu lassen oder diplomatisch ausgedrückt, um sich nicht „der Möglichkeit zufälliger, von lokalen Verhältnissen beeinflusster Majoritäten“ auszusetzen, verschloß der Rationalverein seine Thür den Arbeitern; nur daß er so ehrlich war, zu sagen: „Wir sind eine Bourgeois-Ligue und wollen es bleiben, und demgemäß die Arbeiter mit dem christlichen Hohnworte abzuspeisen, sie könnten sich ja, wenn sie wollten, als geborene Ehrenmitglieder des Rationalvereins betrachten.“

Hören wir darüber Herrn Sombart-Democh! in den Feuilletons, die er vor fünf Jahren zur Kasführung der deutschen Arbeiter veröffentlichte. Nachdem er das deutsche Bürgerthum lang und breit heruntergeputzt hat, weil es „eine seltsame Frucht vor dem roten Gespenst“ hege, darüber „Bürgerstolz und Bürgerstolz“ verliere und „mitleiderregende Schriften“ produziere, denen „jedes Verständnis für die Forderungen und Bewegungen des Proletariats“ fehle, findet er den Gipfel dieser „Unfähigkeit“ in der Antwort, die im Jahre 1893 eine Arbeiterdeputation aus Leipzig von den Führern des Rationalvereins erhalten habe. „Hier meldete sich die Arbeiterschaft zur Teilnahme am politischen Leben; man wollte über die Form einer selbständigen Vethätigung ihrer Führer verhandeln und was wurde den Fragenden als Antwort zu teil? Daß die Arbeiter die geborenen — Ehrenmitglieder des Rationalvereins seien.“ Nun, diese christlich-eheliche Antwort gab der Rationalverein aus demselben Grunde, aus dem die „Deutsche Gesellschaft für sociale Reform“ auf Vorschlag des Herrn Sombart-Democh! beschloß, daß ihre Generalversammlungen keine bindenden Beschlüsse fassen dürfen.

Glücklicherweise ist diese Politik um so „unfähiger“, je verheuschlicher sie ist. Glücklich- oder auch unglücklichweise! Denn wie der Rationalverein hunderttausende deutscher Arbeiter zur Socialdemokratie befehrt hat, so könnte die neugegründete Gesellschaft noch Tausende bekehren, wenn sie nicht ein gar so schwindelhaftes Geschöpf wäre. Wir gönner ihr gern größere Lebenskraft, als sie mit ihrem kläglichen Anfang bewiesen hat. Dann werden Herr Sombart-Democh! und seine Kumpane den politisch noch nicht klaren Arbeitern in Deutschland schon die Weisheit von Goethes gesägtem Wort einpflanzen: „Der Frosch ist für's Wasser gemacht, wenn er gleich auch eine Zeittlang sich auf der Erde befinden kann.“

Deutsches Reich.

Die goldene Hand. Die „Dressd. R. R.“ erhalten von ihrem Londoner Korrespondenten Mitteilungen zu der Bestechungsschaffäre der De Beers Company. Danach hat zunächst der Sekretär der Gesellschaft dem Korrespondenten in sehr auffälligen Formen erklärt, daß in den Berichten der De Beers Company nicht von den behaupteten Angaben enthalten sei und daß, wenn ein Geheimbericht neben den offiziellen Berichten kursiere, darüber nichts gesagt werden würde, weil es eben ein Geheimbericht sei. Auf das dringende Ersuchen des Korrespondenten, doch eine abolut klare Auskunft zu geben, verweigerte der Sekretär die Antwort. Damit hatte die Unterredung ihr Ende. Einige Zeit später erfuhr aber der Vorliegende des Ausschusses der De Beers Company den Korrespondenten im Entgegengesetzten folgender Erklärung:

„Die ganze Bestechungsgeschichte ist rein erfunden. Die De Beers-Gesellschaft hat niemals irgend einer Zeitung direkt oder indirekt irgendwelche Zuwendungen gemacht, besonders aber keinem deutschen Blatt, und die Gesellschaft ist erfreut, daß die „Köln. Vtg.“ durch die Aufregung des Prozesses des Dr. Liman in die Lage gesetzt ist, die Grundlosigkeit des falschen Gerüchts öffentlich darzulegen. Der Sekretär der De Beers-Gesellschaft ist nicht ermächtigt gewesen, Ihrem Korrespondenten die vorstehend mitgeteilte Erklärung abzugeben.“

Die Angelegenheit wird durch diese Meldungen keineswegs klarer. Das Verhalten des Sekretärs der Gesellschaft erweckt mindestens höchstes Mißtrauen und es gewinnt den Anschein, als habe der Vorsitzende des Ausschusses, nachdem er von der Auskunft des Sekretärs gehört, im Schreck über die Schlüsse, die zweifelsohne daraus gezogen werden würden, sein Dementi erlassen. Dieses Dementi ist aber ebenfalls höchst bedenklich. Es spricht wiederum leidlich von „Zeitungen“ und „Blättern“, die keine Bestechungsgelder empfangen haben sollen. Diese, wie es scheint absichtlich unbestimmte Bezeichnung läßt für alle möglichen sonstigen Vermutungen Raum offen.

Scharfmacherei der Brotwucherer. In Ermangelung eines kleinen Attentats oder eines niedlichen Bombenschwindels versuchen die Kreider der Volksausbeutung diesmal für ihre wucherischen Absichten die historische Auffassung der Socialdemokratie über die preussischen Fürsten und die Monarchie im allgemeinen zu verwenden. Die Herren sind offenbar in großer Verlegenheit, wie sie den roten Schreden fabrizieren sollen, in dem es sich am besten für die eigne Tasche arbeiten läßt. In der Not frißt der Teufel Fliegen, und so schreibt denn das offizielle Organ der konservativen Partei, für die der Monarchismus ja nur eine Postfrage ist:

„Es ist ein bedeutames Symptom von der Dreifigkeit und Ungeniertheit jener Richtungen, daß sie es wagen zu dürfen glauben, auch an diesem politischen Gedentage, wie seiner Zeit an der Centennarfeier des großen Kaisers, die vaterländischen Gefühle des Volks zu verletzen und der Monarchie den Fehdehandschuh hinzuwerfen. In den Kreisen schlichter Leute wird man es nicht begreifen können, daß „der König“ dergleichen duldet; man wird an der Staatsgewalt, die nicht die Mittel hat, gegen solche Nichtwürdigkeiten und solche offenen antimonarchischen Kundgebungen einzuschreiten, zweifeln.“

Die „schlichten Leute“, wie sie sich die „Konserv. Korrespondenz“ denkt, haben es wohl noch weniger verstanden, wie „der König“ dulden konnte, daß königstreue Männer in der Kanalfrage des von dem Monarchen verurtheilten unbedingten Willens spotteten und sich gegen die Staatsgewalt und die monarchischen Kundgebungen offen auflehnten! —

Agrarischer Vorwärt. Die Herren Klindowström und Gen. haben dem Reichstag zum Etat des Reichszanklers eine Resolution unterbreitet, in der eine den Agrariern günstige Neuregelung der Getreideertragssteuern im zukünftigen deutsch-russischen Handelsvertrage gefordert wird. Es ist eine echt agrarische Unverfrorenheit, dem Reichstag zuzumuten, schon jetzt einen Teil des Schlußprotokolls des zukünftigen Handelsvertrags der Regierung aufzuzwingen. Vielleicht verlangen die Herren demnach die Annahme einer Resolution, daß der Getreidezoll nicht unter 7 oder 8 M. bleiben darf.

Der Reichszankler scheint den Herren Agrariern recht weit entgegengekommen zu sein, daß sie solche Zumutungen zu stellen wagen.

Ein zeitgemäßes Jubiläum bietet sich im Laufe dieses Jahres den Festesfreuden dar. Es war vor einem halben Jahrtausend, als Timur Lamerlan Bagdad eroberte und bei dieser Gelegenheit 95 000 wehrlose Menschen abjachten ließ.

Vor einiger Zeit würde Europa noch Anstoß an diese Kulturthat des großen Timur genommen haben. Die gestiftete Welt von heute jedoch wird ein größeres Verständnis für die geschichtlichen, weltpolitischen Notwendigkeiten haben als die sentimentalen Leute von gestern. So wird man denn, wie man hört, von London und

Petersburg aus gleichzeitig eine europäische Lamerlan-Zeit organisierten, für die sich auch in Deutschland ein Zweigkomitee bilden dürfte. Man plant zur fünften Guldigung für den großen Eroberer die Errichtung einer gewaltigen Schädelyphramide im Herzen von Europa, zu der das Material die frisch gebügelten Schlachtfelder von China und Südafrika liefern werden. Der Berliner Magistrat erwägt bereits die Verteilung einer Lamerlan-Festschrift und eine Lamerlan-Stiftung zu Zwecken eines Asyls für invalide Krieger. —

Eine Umwälzung in der Marine-Artillerie kündigt der Kieler Korrespondent des „Hamb. Fremdenblatts“ an. Die von dem früheren französischen Kriegsminister Vochoy mitgeteilte Thatsache, daß es strupp gelungen sei, 28 Centimeter-Schnellfeuer-Kanonen herzustellen, ein technischer Erfolg, den man noch vor kurzem für unmöglich gehalten habe, werde in kurzem diese Umwälzung der artilleristischen Bewaffnung unserer Marine nach sich ziehen. Vochoy irrt jedoch, wenn er meine, daß diese Geschütze für die Vollendung nahen Kreuzer bestimmt seien, denn in erster Linie würden mit ihnen die neuen Schlagschiffe der Marine in Betracht kommen, welche jetzt als größte Geschütze nur 24 Centimeter-Schnellfeuer-Kanonen führten.

Zwar hat die „Brandenburg“-Division bereits 28 cm-Geschütze, aber ohne Schnellfeuer-Einrichtung. Die Anwendung des 28 cm-Schnellfeuer-Geschützes ist auf artilleristischem Gebiete ein ganz enormer Fortschritt, denn Deutschland gewinnt einen gewaltigen Vorsprung vor allen andern Seemächten, denn zur Stunde hat keine andre Seemacht der Erde die im Jahre 1896 in der deutschen Marine eingeführten 21 und 24 cm-Schnellfeuer-Kanonen sich zu eigen machen können. Die Vereinigten Staaten sind mit 20,3 cm-Schnellfeuer-Kanonen noch am weitesten, Frankreich ist nur bis 16,5, England gar nur bis 15,2 cm Schnellfeuer-Kanonen gekommen. Welcher Wert aber gerade den schnell arbeitenden Geschützen beigemessen wird, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Die Treffsicherheit bleibt sich gleich. Ob aber ein Geschütz in zwei Minuten einen Schuß abzugeben vermag oder in zehn Minuten nur einen, das ist ein ganz gewaltiger Unterschied.

Welch ein Triumph der deutschen Nordindustrie. Die andern Mächte werden, falls sie strapps neue Erfindung nicht nachmachen können, durch Vermehrung ihrer Schiffe den artilleristischen Vorsprung Deutschlands wieder auszugleichen versuchen, was natürlich wiederum nicht ohne Rückwirkung auf Deutschlands Flottenrüstungen bleiben wird.

Außerdem wird die Armierung mit den Schnellfeuergeschützen größerer Kalibers sich schwerlich auf die neu vom Stapel zu lassenden Linienfahrzeuge beschränken. Krupps neue Erfindung wird deshalb schon an und für sich die deutschen Steuerzahler Millionen kosten. —

10 396 Orden sind nach der „Magdeb. Zeitung“ im Jahre 1900 vom König von Preußen verliehen worden. —

Die „vaterlandslosen Gesellen“ als Germanisatoren.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Den Vätern sowohl wie den Nachfolgern jenes vielgenannten Worts, das die deutschen Socialdemokraten zu „vaterlandslosen Gesellen“ stempelt, ist ein schweres Mißgeschick widerfahren. In strengstem Gegensatz zu ihrer Auffassung von dem mangelnden Empfinden jener „Rotte von Menschen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“, hat ein deutscher Professor an einer deutschen Hochschule den für die Feinde der Socialdemokratie geradezu niederschmetternde Entdeckung gemacht, daß die Socialdemokratie der einzige Machtfaktor im Reiche ist, dem es gelang, deutsche Kultur in die seit nunmehr dreißig Jahren mit Deutschland vereinigte elsch-lothringische Lande zu tragen und dort das Werk der Germanisation, der Gewinnung der Bevölkerung für die Teilnahme am geistigen, sozialen und politischen Leben des Reichs zu fördern. Der Ungläubliche, der es wagt, den Vernichtern der Socialdemokratie in solch tölpelhafter Weise das Konzept zu verderben, ist Herr Professor Wittich von der — schredlichen Gedanke! — Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg. In seinem bereits kürzlich erwähnten Aufsatz „Deutsche und französische Kultur im Elsch“, den die „Illustrierte Elschische Rundschau“ gegenwärtig veröffentlicht, kommt er auch auf die wirtschaftliche Stellung der Altdeutschen im Elsch zu sprechen und stellt dabei fest, daß im Gegensatz zum Unter-Elsch, wo es verhältnismäßig viele altdeutsche Unternehmer in Industrie, Handel und Verkehr giebt, im Ober-Elsch der erwerbsthätige Altdeutsche fast ausnahmslos nur als Arbeiter, nicht aber als Unternehmer an der Produktion und dem Erwerb beteiligt sei. Dann fährt der Herr Professor wörtlich also fort:

„So wenig nun das Ansehen des Einzelnen in dieser namenlosen Masse ist, so bedeutend hat die altdeutsche Arbeiterbevölkerung des Oberelsses als Ganzes in die sociale Entwicklung des Landes eingegriffen. Denn es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß das Eindringen der Socialdemokratie in die oberelssische Arbeiterbevölkerung auf das altdeutsche Element in dieser Arbeiterbevölkerung zurückzuführen ist. Allerdings besitzt hier die Bewegung nicht die Stärke und Nachhaltigkeit wie in Altdeutschland. Wie die nach vielen Erfolgen erlittenen Bahnlagerungen im Sommer 1900 bewiesen, verhält sich die Masse der Arbeiterbevölkerung schwanlend. Aber vermindert ist die Socialdemokratie im Oberelss durch diese Niederlagen noch nicht. Höchstens könnte man sie als den Anfang eines Niedergangs deuten. Aber darüber kann nur die Zukunft entscheiden. Sicher ist nur, daß die Socialdemokratie als ein Produkt deutschen Geistes von Altdeutschen aus Altdeutschland nach dem Oberelss gebracht worden ist, und daß sie dort in den zahlreichen deutschen Arbeitern ihre treuesten Anhänger gefunden hat und noch heute besitzt. Es ist ferner sicher, daß sie von zahlreichen Altelssern mit größerer oder geringerer Nachhaltigkeit aufgenommen worden ist.“

Man mag über die Socialdemokratie denken wie man will, sie ist unstreitig das einzige Produkt deutscher Kultur, das ein beträchtlicher Teil der oberelssischen Bevölkerung freiwillig aufgenommen hat. Als solches Produkt deutscher Kultur übt die Socialdemokratie auch einen germanisierenden Einfluß auf die altelssische Arbeiterbevölkerung aus. Der für dieselbe gewonnene Alt-Elssler hört deutsche Redner, er liest deutsche Zeitungen, Zeitungsblätter und Bücher, er tritt mit deutschen Parteigenossen in engem Verkehr, er gewinnt Interesse für das wirtschaftliche, sociale und politische Leben in Altdeutschland. Gerade der, trotz aller gegenteiligen Versicherungen, spezifisch deutsche Charakter der Socialdemokratie bereitet der Partei die größten Schwierigkeiten im Land und steht der nachhaltigen und allgemeinen Verbreitung der Lehre unter der altelssischen Arbeiterschaft entgegen.“

Man stelle sich vor: Die Socialdemokratie nach dem Urteil eines deutschen Professors ein Produkt deutschen Geistes und deutscher Kultur, und als solches ein Förderungsmitel der Germanisation, der Verdeutschung Elsch-Lothringens! Und dazu noch das einzige deutsche Geistes- und Kulturprodukt, das unsre wiedergewonnenen Brüder“ freiwillig aufgenommen haben! Wer, Herr Professor! Welch beschämendes Zeugnis stellen Sie damit in Ihrer echt professoralen Berstreutheit und Ungefälligkeit unsrem reichsländischen Diktaturregiment aus, das seit nunmehr 30 Jahren mit all den Nachmitteln des preussisch-junkerlichen Polizeigeistes an der Germanisation Elsch-Lothringens arbeitet! Also nichts, gar nichts ist bisher damit erreicht worden! Und was in dieser langen Zeit allen den großen und kleinen Vorkämpfern im Lande nicht gelang, trotz der „außerordentlichen Gewalten“, mit denen man sie ausgestattet hat, das soll in launem Jahrgang — denn länger kann bei uns von einer nennenswerten socialistischen Propaganda keine Rede sein — einer vaterlandslosen Gesellen“ gelingen sein, obwohl gerade sie die Wirkungen jener unbeschränkten Polizeigewalt am meisten zu fühlen bekommen!

Das ist zu viel des Schmerzes, den Sie da unsren Begnern zufügen, Herr Professor! Warum fühlen gerade Sie als erster sich zum Nachweis dafür berufen, daß das bekannte „Schweineglück“, das der Socialdemokratie im alten Jahrhundert lächelte, ihr auch im neuen treu bleiben wird? —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Um sich ein Unterkommen für die kalten Wintertage zu verschaffen, hat der „Arbeiter“ Otto Belz, der gestern vor der VII. Strafkammer des Landgerichts I Berlin stand, zu dem beliebtesten Mittel der Majestätsbeleidigung gegriffen. Der Angeklagte ist ein arbeitsloser Mensch. Als er wieder einmal beim Betteln abgefaßt wurde und nach der Polizei gebracht werden sollte, stieß er Schimpfworte gegen den Kaiser aus. Er erzielte dadurch, daß er eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis und vier Wochen Haft erhielt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Selbstmord des früheren Handelsministers Bela Lukacs. Der Finanzminister und Regierungskommissar für Ungarn auf der Pariser Weltausstellung Bela Lukacs hat sich am Dienstagmorgen durch einen Sprung von der Franz-Josephsbrücke in die Donau entleert. Lukacs befand sich während der letzten Zeit in einer Verdenkungsanstalt, aus der er entlassen war, um den Selbstmord auszuführen. Seine Aufregung soll auf die, wie berichtet wird, unbegründete Kritik der Presse an der finanziellen Seite seines Pariser Kommissariats zurückzuführen sein.

Nach Meldungen östlicher Blätter beabsichtigt der Ministerpräsident v. Körber noch vor Zusammenritt des Reichsrats mit den Deutschen und Tschechen zu konferieren, um den nationalen Frieden herbeizuführen.

Schweiz.

Jürich, 4. Januar. (Eig. Ber.) Ein doppeltes Gesicht zeigt das verflozene Wirtschaftsjahr. Auf der einen Seite eine so reiche Ernte der Land- und Obstkultur, wie seit langen Jahren nicht mehr; auf der andern Seite der industrielle Niedergang mit Betriebs Einschränkungen, Lohnreduktionen, Arbeiterentlassungen, Arbeitslosigkeit, Not und Elend von Tausenden. Dieses Doppelgesicht offenbart deutlich die schlechte Ordnung des Kapitalismus und die Arbeitermassen könnten daraus viel lernen, vor allem das, daß sie nicht die mindeste Ursache haben, demselben feindlich zu sein. Wästen sie sich doch jetzt schon vielfach dagegen wehren, daß ihnen der ohnehin nicht reichliche Arbeitslohn nicht noch weiter geschnitten wird. So brachten denn auch die letzten Monate des verflozenen Jahres eine ganze Reihe von Abwehrkämpfen und defensiven Lohnbewegungen.

Im übrigen sind aus der Arbeiterbewegung keine besonderen Ereignisse zu erwähnen, weder aus der politischen, noch aus der gewerkschaftlichen. Die vielfach mit hochgepannten Erwartungen beschlossene Neutralität des Gewerkschaftsbundes hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen, die katholischen Arbeiter kamen nicht nur nicht in die Gewerkschaften, ihre Führer sind im Gegenteil seit Monaten mit größter Mühseligkeit am Werke, den bestehenden Arbeiterorganisationen Konkurrenzvereine entgegenzusetzen, die von katholischen Geistlichen und Schwestern sorgsam gepflegt und von geriebenen Unternehmern großmütig unterstützt werden, da sie den Vorteil dieser katholischen „Ehele- und Herrsche-Politik“ für sich sofort herauszufinden verstanden.

„Feinde überall!“ Das ist die Signatur der Lage, in der sich die schweizerische Arbeiterbewegung befindet. Demgegenüber heißt es, umso richtiger und beweglicher zu sein, um alle Hindernisse zu überwinden.

Frankreich.

Ihren Kampf gegen die Regierung führen die Nationalisten zur Zeit unter Auspielung des französisch-russischen Bündnisses fort. Im „Echo de Paris“ sagt heute ein angelegter Russe, der Par sei trotz der zudringlichen Einladung der Regierung nicht zur Ausstellung gekommen, weil er die Hand einem Ratte, wie dem jetzigen Marineminister Lanessa, nicht reichen könne, der seiner Zeit in einer Volksversammlung die Ränder Alexanders II. gerührt habe. Kriegminister André strebe zur Zeit den zweijährigen Heeresdienst an, um sich beliebt zu machen, gehe aber die Maßregel durch, so werde der Vertrag mit Rußland von selbst hinfällig.

Spanien.

Die Partei der republikanischen Föderalisten in Madrid hat an die Kammer eine Kundgebung gerichtet, in welcher beantragt wird, Spanien solle sich der ersten Forderung nach einem Schiedsgericht in Sachen des südamerikanischen Kriegs anschließen, möge diese von Holland oder irgend einer andern Nation ausgehen. Sollte eine solche Forderung aber nicht gestellt werden, so müsse Spanien dazu die Initiative ergreifen.

Der Senat nahm die Beratung der Vorlage, betreffend das Abkommen mit den Inhabern der älteren Schuld wieder auf. Der Finanzminister legte dar, daß die Regierung gesetzmäßig verfahren habe. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

In der Kammer erklärte Silvela, die konservative Partei müsse am Ruder bleiben, um das Werk der nationalen Wiedererhebung zu sichern und die Militärfrage zu lösen.

Der Boeren-Krieg.

Weitere Ausbreitung der Boeren.

Eine Boerenabteilung von 1500 Mann sieht nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Magerfontein 4 Meilen nördlich von Sutherland, etwa 100 Kilometer südwestlich von Grazerburg. Vermutlich wird es zwischen diesen und den bereits bei Biqueberg angelangten Boeren und zwei koptischen Freiwilligenkorps, die schnellst gebildet und gegen Biqueberg vorgerückt sind, demnächst zu einem Zusammenstoß kommen.

Die in Calvina eingetroffene Boerenabteilung wird bereits in Clanwilliam (100 Kilometer nördlich von Biqueberg) und nur 50 Kilometer von der Westküste erwartet. Auch diese Abteilung dürfte im Fall eines Angriffs der Engländer mit den beiden andern Korps zusammen operieren. In Calvina, Clanwilliam, Palmesburch, Tulbagh, Paarl und Stellenbosch ist das Kriegsrecht verhängt worden.

Während die Boeren dergestalt fast die ganze Kapkolonie occupiert und die Engländer unter Preisgabe aller andern Orte sich auf die Punkte an den Bahnhöfen konzentriert haben, muß sich das Kriegsgesamt damit begnügen, einen

angeblichen Erfolg in Transvaal

zu verkünden. Nach einem Telegramm aus Johannesburg vom 7. Januar marschierte General Babinaton am 6. Januar aus Ventersdorp mit etwa 1500 Mann nordwärts und stieß fünf Meilen südlich von den Magaliesbergen bei Roanpoort und Randfontein auf den Feind unter Delarey. Der Feind wurde aus Witwatersrand vertrieben, von Babinaton bei Roanpoort und von Oberst Gordon bei Randfontein und 15 Meilen weit verfolgt; der Feind hinterließ etwa 800 Mann stark zu sein.

Wie wenig dieser „Erfolg“ bedeutet, beweist folgendes spätere Telegramm: Boerenabteilungen unter Delarey, Steenkamp und Boschoff zeigten sich in bedeutender Stärke am 1. Januar in der Umgebung von Buffelspoort, ihre Zahl wurde auf 5000 geschätzt. Vogel und andre Truppenteile rückten aus, um die Boeren zu umgehen und abzuliefern. Diese zogen sich zurück, die Mehrzahl rückte durch Bredendal. Es scheint sicher zu sein, daß der Feind in diesem Gebiet bedeutende Verstärkungen aus Waterberg erhalten hat. Ein Offiziershauptling meldet, daß 8000 Boeren durch die Roupansdrift nach den Magaliesbergen vorgerückt sind. Die Magalies-

berge selbst bieten dem Feind große Vorteile, ihr Besitz ist 1000 Mann wert.

Da Delarey bei seinem kürzlichen Siege bei Kooitgedacht (Magaliesberg) über 2500 Mann verlor haben soll, kann sich der „Kampf“ Babinatons nur auf eine Unterabteilung Delareys beziehen, die infolge ihrer Kinderzahl einem ernstlichen Zusammenstoß einfach ausgewichen ist. Dieser Erfolg ist also ein sehr zweifelhafter. Nach den jetzt vorliegenden offiziellen Angaben betragen übrigens die

englischen Verluste bei Kooitgedacht

annähernd 800 Mann.

Es sind im Kampfe gefallen 9 Offiziere und 60 Mann, verwundet 11 Offiziere und 183 Mann, 18 Mann werden noch vermisst.

Die englischen Gesamtverluste

bestimmen sich nach der am 4. Januar vom Kriegsamt veröffentlichten Statistik bis Ende Dezember auf 12 128 gefallene oder gestorbene Offiziere und Mannschaften; die Zahl der als Invaliden nach Hause geschickten Offiziere und Mannschaften beläuft sich auf nahezu 38 000; was diese Ziffern zu bedeuten haben, wird recht klar, wenn man in Betracht stellt, daß die Kriegsstärke der Boeren zu keiner Periode des Kriegs höher als 45 000 Mann war.

In Ermangelung kriegerischer Aktionen verjucht es England jetzt fortgesetzt mit

Ueberredungskünften.

So verlautet aus Bloemfontein, daß eine aus einflussreichen Personen bestehende Friedenskommission in Bildung begriffen sei, um De Wet, Steijn und andre Boerenführer im Orange-Freistaat aufzuweichen, denselben die Bedingungen der Proklamation Lord Kitcheners in Bezug auf die freiwillige Ergebung der Bürger ausseinanderzusetzen und sich zu bemühen, dieselben zur Uebergabe zu überreden.

Wenn die Boeren nur daran dächten, sich unter liebendwürdigem Zureden die Waffen aus den Händen winden zu lassen, würden sie schwerlich in die Kapkolonie eingefallen sein, das sollte doch auch Lord Kitchener einsehen.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen; jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals.

Wir eruchen die Interessenten, uns in der Neuauflage des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung und rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

- Arbeitersekretariate bestehen in:
- Altenburg (S.-A.), Internm Schloße 1.
- Altona, Große Bergstr. 204, I.
- Beuthen (O.-S.), Schloßgasse 6.
- Bremen, Ostertorstr. 26 I.
- Breslau, Messergasse 18/19 I.
- Darmstadt, Elisenbethstr. 31.
- Frankfurt a. M., Schurweg 45 I.
- Freiburg i. B., Engelbergstr. 9 I.
- Halle a. S., Geiststr. 21.
- Hamburg, Pferdemarkt 23 II.
- Hannover, Leinestr. 17.
- Hildesheim, Judenstr. 5.
- Hohenlimburg, Schulstr. 10.
- Jena, Saalbahnhofstr. 3.
- Köln a. Rh., Poststr. 50.
- Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
- Lübeck, Johannisstr. 46, part.
- Mannheim, S. 8, 10.
- Mühlheim a. Main, Biesenstr. 3.
- München, Rathhofplatz 6.
- Nürnberg, Gadenplatz 22.
- Pforzheim, St. Georgenstr. 48.
- Posen, Grünstr. 7.
- Striegau, Amengasse 4.
- Stuttgart, Ehlingerstr. 17/19.
- Zutlingen, Schaffhäuserstr. 24.
- Waldenburg, Schl. Köpferstr. 1.

Berlin, den 8. Januar 1901.
Der Parteivorstand.
Kreuzbergstr. 30.

Reaktion mit Dampfbetrieb. In der Stadt Markranstädt in Sachsen fand am 23. November die Stadtverordneten-Wahl statt, bei der die Kandidaten des Hausbesitzer-Vereins, der Jungmänner u. unterlagen und am 5. Dezember wurde bereits eine geheime Sitzung des Stadt-Gemeinderats abgehalten, in der die Änderung des Wahlsystems zur Entziehung der Arbeiterwähler beschlossen wurde. Da bei der Abstimmung grobe Verstöße gegen die Geschäftsordnung des Stadt-Gemeinderats vorgekommen waren, so legten die Stadtverordnete gegen diese Beschlüsse Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde ein. Am 13. Dez. hatte sich der Bürgermeister auf diese Beschwerde zu äußern und am 21. Dez. wurde vom königlichen Ministerium des Innern entschieden: „Die gegen Genehmigung dieser Vorträge sich richtende Beschwerde des Stadtverordneten Franz Kändler und Genossen stellt sich nach der pflichtmäßigen Auslassung des Stadtrats bzw. Bürgermeisters vom 13. dieses Monats als unbegründet dar und wird zurückgewiesen.“ — Am 25. Dezember ist dieser Beschluß bei der Kreisoberhauptmannschaft Leipzig mit noch einigen andern Beschlüssen, wie der Ermächtigung der Kreisoberhauptmannschaft, den noch in dieser Sache zu fassenden Beschlüssen des Stadt-Gemeinderats zu Markranstädt Zustimmung erteilen zu können, eingegangen. Da noch einige Änderungen durch den Stadtgemeinderat zu beschließen waren, so wurde am 29. Dezember, früh 1/2 Uhr, eine außerordentliche Stadtgemeinderats-Sitzung abgehalten und die betreffenden Beschlüsse gefaßt. Am 29. Dezember haben diese Beschlüsse bereits der Kreisoberhauptmannschaft vorgelegen und sind von dieser an demselben Tage genehmigt und ist darüber das übliche Dekret ausgefertigt worden. Am 31. Dezember 1900 erfolgte sodann die Veröffentlichung dieses neuen Wahlsystems im Markranstädtler Amtsblatt.

Man ersieht daraus, daß Behörden auch schnell arbeiten können.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ giebt seit einigen Monaten eine Beilage heraus, die den Fragen der Kommunalpolitik gewidmet ist. Das Unternehmen hat so lebhaften Anhang in allen beteiligten Kreisen gefunden, daß sich die Redaktion entschlossen hat, unter dem Titel „Kommunale Praxis“ eine selbständige Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefocialismus herauszugeben, die bei 14-tägigem Erscheinen vierteljährlich 1 Mark kosten wird. Die Redaktion wird Dr. Südekum führen. Das Unternehmen erscheint uns sehr nützlich und wir wünschen ihm besten Erfolg.

Totenliste der Partei. In Briesen starb nach schwerem Leiden am 4. Januar der Genosse Salomon. Seit beinahe einem Jahrzehnt war er Kreisvertrauensmann für den Kreis Ober-Barnim und er hat während dieser Zeit mit Aufopferung und Geschick für die Interessen der Partei gewirkt. An den Parteitag in Halle und Berlin hat er als Delegierter teilgenommen und ebenso war er an allen Provinzialkonferenzen für Brandenburg beteiligt, an denen er stets mit großem Eifer wirkte. Die Parteigenossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Ausßer und Arbeiter der Vereinigten Berliner Mürtelwerke befinden sich seit heute früh wegen Lohnreduzierung im Ausstand. Demselben haben sich auch die Sattler, Stellmacher und Schmiede dieser Gesellschaft angeschlossen. Zutritt ist streng fern zu halten.

Die Vertrauensleute.

Deutsches Reich.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ ist mit der ersten Nummer dieses Jahres in etwas veränderter Form erschienen. Die Spalten sind verbreitert und auch etwas erhöht; ferner findet neben dem Betrage auch eine größere Schriftgröße mit Verwendung, was sehr zu begrüßen ist. Als noch größeren Fortschritt würden es u. E. aber die Leser begrüßen, wenn diese schmalen Spalten überhaupt verschwinden und in breitere über das ganze Blatt gehende umgewandelt würden. Eine weitere Erneuerung, die beim Nachschlagen nach bestimmten Artikeln sehr zu statten kommen wird, ist die Inhaltsangabe an der Spitze des Blatts.

Die Bischöfe auf dem Rückzug. Blättermeldungen zufolge hat sich der Erzbischof von Köln dem christlich-socialen Textilarbeiter-Verband gegenüber dahin erklärt, er halte die nicht-konfessionellen Gewerkschaften für durchaus zulässig, so lange sie den christlichen Glauben fest behaupteten; auch sei nicht zu verkennen, daß die Arbeiter, wenn sie sich in katholische und evangelische Gewerkschaften scheiden würden, ihre Kräfte zersplittern müßten, was in ihrem Interesse nicht zu wünschen sei. In ähnlicher Weise soll sich der Bischof von Baderborn geäußert haben. — Der Rückzug der Bischöfe ist ein gutes Zeichen für die katholischen Arbeiter, denn es ist die Frucht vor deren Opposition, was die Herren Bischöfe verhältnißmäßig gestimmt hat.

Ausland.

Der Antwerpener Dokerstreik

ist, wie bereits kurz mitgeteilt, zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeiter sind der Macht des Gelds unterlegen, die reichen Schiffseheren Antwerpens konnten die Verluste vermergen, wenn sie dabei nur den Zweck erreichten, die Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen, die ihnen die Arbeiter vor Jahresfrist abgerungen hatten. Auch den richtigen Zeitpunkt hatten die Unternehmer gewählt; der Dezember ist einer der stillsten Monate für die Schifffahrt. Die Organisationen der Arbeiter sind überdies noch zu jungen Datums, ihre Kassen waren nicht genügend gefüllt, um einem solchen starken Gegner Stand halten zu können.

Trotz alledem aber ist der Sieg der Unternehmer kein besonders großer. Die Arbeiter haben gemäß ihrem Beschluß nicht über 5 Uhr, viele nur bis 4 Uhr gearbeitet, die Unternehmer haben trotzdem den vollen Lohn bezahlt. Die Heeder, Steuer und Zwischennehmer haben bereits nach der Wiederaufnahme der Arbeit mehrere Zusammenkünfte gehabt und wollen den Arbeitern, um den Frieden zu sichern, folgende Anerbietungen machen: Erhöhung der Löhne für Nachtarbeit um 50 Proz.; Ende der Arbeitszeit um 5 Uhr nachmittags. Sie wollen mit den Arbeitergewerkschaften in Unterhandlung treten, nur sollen zu denselben nicht die Führer der beiden größten Organisationen delegiert werden. Dieser Erbitterung der Unternehmer gegen die energischen Streikführer wollen die Arbeiter Rechnung tragen und werden deshalb andre Männer, die ihr Vertrauen besitzen, mit ihrer Vertretung beauftragen. Es ist also möglich, daß auf diese Weise wieder ein Vertrag zu Stande kommt, der den Frieden für längere Zeit garantiert.

Im Hafen herrscht Ruhe, die Streikbrecher sind bereits zum allergrößten Teil wieder entlassen. Kommt ein Vertrag nicht zu Stande, so beabsichtigen die Arbeiter in Zukunft gegen widerpenstige und besonders brutale Unternehmer den Guerillakrieg zu führen. Jedemal, wenn ein Schiff zu bestimmter Zeit abfahren muß, werden die Doker ihre Forderungen für den einzelnen Fall stellen.

Ist der Ausgang des Streiks also weit davon entfernt, einen vollendeten Sieg der Unternehmer darzustellen, so hat er für die Arbeiter auch sonst noch ein überaus erfreuliches Resultat gezeitigt. Er hat die beiden großen Organisationen, die freie (socialistische) Gewerkschaft und den katholischen Verband der Dokerarbeiter einander näher geführt. In der Versammlung, in der das Ende des Streiks beschlozen wurde, hielten die Vertreter beider Richtungen Ansprachen. Alle Redner betonten die Notwendigkeit des Zusammengehens der Arbeiter; unter demnächstem Besatz der Anwesenden richteten sich die Führer der beiden Organisationen die Bruderhand. Folgt auch nicht sofort die Verschmelzung beider Organisationen, so wird es doch in Zukunft den Pfaffen nicht mehr so leicht sein, die katholischen Arbeiter gegen ihre Arbeitsbrüder aufzuheben.

Der Seidenweberstreik in Calais dauert noch immer fort. Aus dem soeben veröffentlichten Bericht des Unternehmer-Syndikats für das 4. Quartal 1900 geht deutlich hervor, daß die Unternehmer den Streik gewollt haben. Ganz kurz, nach dem sie mit den Arbeitern das bekannte Abkommen auf Verlängerung der Arbeitszeit getroffen hatten, versammelten sie sich, um zu beraten, wie dies Abkommen zu durchbrechen und das Gesetz (betreffend Frauen- und Kinderarbeit) zu umgehen sei. Was die Umgehung des Gesetzes anlangt, so wird demnächst der höchste Gerichtshof darüber zu urteilen haben, ob, wie es die Fabrikanten behaupten, die Bestimmungen des Gesetzes nicht auf die Calaisser Fabriken Anwendung finden.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in den Vereinigten Staaten machen erfreuliche Fortschritte; von September 1899 auf 1900 stieg im Staat New York ihre Mitgliederzahl von 209 020 (Stadt New York 141 087) auf 245 332 (Stadt: 154 494). Im 3. Quartal 1900 zeigte sich gegen das 2. Quartal desgleichen Jahres eine Abnahme von 220 Mitgliedern. Bestiegen war die Zahl der organisierten Arbeiter um 3117, der Wandarbeiter um 134, der Tabakarbeiter um 499, der in Theatern und dergleichen Tätigen um 162 und der häuslichen und staatlichen Arbeiter um 606; es sank dagegen die Zahl der organisierten Textil- und Konfektionsarbeiter um 2608, der Metall- und Maschinenarbeiter um 1790, der Transportarbeiter um 1083, der Nahrungsmittelarbeiter um 276, der Holzarbeiter um 405, der Gastwirtsgehilfen um 216 und der in kleineren Gewerkschaften Organisierten um 380.

Musikerstreik in Leeds (England). Die Musiker der Kapelle des Circus du Nord in Leeds, sämtlich Deutsche, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Kapellmeister, ebenfalls ein Deutscher, will die geforderte Lohnzulage, die sich für die dortigen Verhältnisse nötig macht, nicht bewilligen. Elf von den fünfzehn Musikern haben deshalb gekündigt, vier bleiben. Die Kündigten wollen eventuell auch bleiben, wenn die Circusdirektion selbst einen Kontrakt mit ihnen macht. Dies hat die Direktion auch in Aussicht gestellt, falls der Kapellmeister nicht im Stande ist, bei Ablauf der Kündigungsfrist seine Kapelle zu vervollständigen. Deutsche Musiker werden deshalb ersucht, keine Stellung nach oben genanntem Platz anzunehmen.

Die Steinbrucharbeiter des Lord Penrhyn in Wethersia in England haben die Vorschläge, welche in der in London zwischen der Verwaltung und den Arbeitervertretern abgehaltenen Konferenz angenommen wurden, verworfen. Das Resultat war: Gegen die Vorschläge 1707, für: 77, zersplittert bzw. ungültig: 89. Der Ausstand dauert also fort.

Sociales.

Die Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Versicherungs-Anstalten sind der Berl. Korresp. zugegangen. Nach den von dieser mitgeteilten Auszügen wurden im Berichtsjahr 16 724 Altersrenten und 91 760 Invalidenrenten bewilligt. Die ausgezahlten Renten beliefen sich auf rund 15,9 Millionen Mark an Altersrenten und 24 Millionen Mark an Invalidenrenten. Am Jahreschluss liefen 194 693 Altersrenten und 335 448 Invalidenrenten. Das Vermögen der Versicherungsanstalten einschließlich des Wertes des Inventars betrug rund 701,5 Mill. M., wovon 76,3 Mill. M. auf den Reservefonds entfallen. Derselben Quelle entnehmen wir einige Angaben über Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, die uns gleichfalls noch nicht zugegangen sind. Danach waren im Berichtsjahr bei 113 Berufsgenossenschaften 17 847 642 Personen in 5 154 374 Vertrieben versichert; dazu kommen 756 482 Versicherte bei 416 Ausführenden (Reichs-, Staats- u. Provinzial-). Es dürften jedoch gegen 1 1/2 Millionen Versicherte doppelt gezählt sein, als gleichzeitig in

Eine neue Intervention Amerikas?

Daily Mail meldet aus Washington, die amerikanische Regierung habe den Vertretern der Mächte vorgeschlagen, die Friedensverhandlungen in Washington fortzusetzen.

Das Schicksal der Note

Ist noch immer unentschieden. Der französische Minister des Auswärtigen Delcassé teilte zwar im Ministerrat mit, daß der Kaiser Kwangsi seine Zustimmung zu der Note erklärt habe, auch sollen sich die chinesischen Unterhändler abermals bereit erklärt haben, die Note zu unterzeichnen, jedoch erst dann, wenn der Vertrag ihnen vorliegt.

Weniger optimistisch als Delcassé beurteilt der aus Peking nach Rom zurückgekehrte Gesandtschaftsattaché Herzog Casani die Lage. Derselbe erklärte in einem Interview, der Friede mit China werde Europa noch schwere Sorgen bereiten.

Haupttrabföhre

finden noch keineswegs der ihren zugehörigen Strafe verfallen. — Nach einer weiteren Shanghai Meldung befindet sich der General Lungtsung in Ning-hia, an der Grenze der Mongolei.

Zur Lage in Schantung.

Waldersee sprach dem Gouverneur Juanshikai von Schantung telegraphisch seine Anerkennung für die Energie aus, mit welcher derselbe die Deutschen in Schantung beschützt habe, und sicherte ihm zu, daß die Deutschen nicht zum Zweck von Repressivmaßnahmen in das Gebiet Juanshikais einzürden werden.

Bojergangden werden fortgesetzt.

General-Feldmarschall Graf Waldersee lehnte es ab, dem Ersuchen der chinesischen Friedensbevollmächtigten nachzulassen, von jeder militärischen Operation während der Verhandlungen abzusehen.

Ein Telegramm aus Peking vom 6. Januar besagt, Graf Waldersee habe sich geäußert, das Ersuchen Chinas durch seine Vertreter an den ausländischen Höfen, daß die militärischen Operationen eingestellt werden sollen, könne gegenwärtig nicht bewilligt werden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Reichsrats-Wahlen in Oestreich.

Resultat der heutigen Reichsrats-Wahlen in den Landgemeinden: In Oberösterreich sind 7 Kandidaten der katholischen Volkspartei gewählt; der Verbleib bleibt unverändert.

In Meran kandidiert für die morgigen Landgemeinde-Wahlen für die Konservativen an Stelle des zurückgetretenen Kandidaten Trognann der Baron Dipauli.

Wien, 7. Januar. (W. Z. V.) Der aus Steiermark noch ausstehende Bezirk wählte den konservativen Kandidaten wieder, sodas dort vier Anhänger der katholischen Volkspartei gewählt sind.

Hamburg, 8. Januar. (W. Z. V.) Im Prozeß der Post- und Telegraphen-Assistenten (Albrecht und 40 Genossen) in Hamburg gegen den Reichspostfiskus hat, wie der Hamburger Korrespondent meldet, der Reichspostfiskus gegen das zu Gunsten der Kläger lautende Urteil des hauseitigen Ober-Landesgerichts Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Frankfurt a. M., 8. Januar. (W. Z. V.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: In New York ist in der vorigen Nacht das Waisenhaus niedergebrannt, wobei zwei Frauen und 17 Kinder getötet und 7 Personen schwer verletzt wurden.

Kopenhagen, 8. Januar. (W. Z. V.) Die „Nyheds Bureau“ erfährt, hat der ausländische Anschlag des Senats in Washington beschlossen, die Ratifikation einer zwischen der dänischen und der amerikanischen Regierung abgeschlossenen Zollkonvention betreffend die westindische Insel St. Croix zu empfehlen.

Paris, 8. Januar. (W. Z. V.) Senat. Senator Ballou, welcher als Alterspräsident den Vorsitz führt, drückt in seiner Begrüßungssprache den Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens unter den Franzosen aus.

Paris, 8. Januar. (W. Z. V.) Deputiertenkammer. (Fortsetzung.) Deschanel wurde mit 296 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt gegen Brisson, welcher 217 Stimmen erhielt.

Marseille, 8. Januar. (W. Z. V.) Der der Societe Generale des Transports maritimes gehörende Dampfer „Rustie“, der von Oran kommt, ist an der Küste bei Ramon gefahret. Seine Lade ist verzeuflert. Auf dem Schiffe befanden sich 75 Personen.

London, 8. Januar. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Worcester explodierte in einem Spital ein Dampfessel, wodurch zwei Frauen und zwei Kinder getötet wurden.

London, 8. Januar. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Worcester explodierte in einem Spital ein Dampfessel, wodurch zwei Frauen und zwei Kinder getötet wurden.

London, 8. Januar. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Worcester explodierte in einem Spital ein Dampfessel, wodurch zwei Frauen und zwei Kinder getötet wurden.

London, 8. Januar. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Worcester explodierte in einem Spital ein Dampfessel, wodurch zwei Frauen und zwei Kinder getötet wurden.

London, 8. Januar. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Worcester explodierte in einem Spital ein Dampfessel, wodurch zwei Frauen und zwei Kinder getötet wurden.

London, 8. Januar. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Worcester explodierte in einem Spital ein Dampfessel, wodurch zwei Frauen und zwei Kinder getötet wurden.

London, 8. Januar. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Worcester explodierte in einem Spital ein Dampfessel, wodurch zwei Frauen und zwei Kinder getötet wurden.

wie das Landgericht angenommen hatte, lediglich aus Rache den Dr. Rosenstod bei der Staatsanwaltschaft der Kuppelerei beschuldigt und eine Abschrift seiner Anzeige dem Dr. Leipziger gegeben.

Unter der Anklage der versuchten räuberischen Erpressung stand gestern der Anwaltsschreiber Hans Kallweit vor dem Schwurgericht des Landgerichts I.

Der Spruch der Geschworenen lautete auch auf Schuldig im Sinne der Anklage unter Jubilation mildernder Umstände, worauf der Angeklagte zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Verfammlungen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Stuetenreure vom 8. Januar beschäftigte sich mit der jüngsten Lohnbewegung bei den Firmen Jädel und Hänsla.

Der Unterstüßungsverein der Fensterputzer hielt am 5. Januar 1901 bei Unke, Grenadierstr. 33, seine Mitglieder-Versammlung ab.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter nahm in der Mitglieder-Versammlung am 7. Januar den Rassenbericht vom 4. Quartal 1900 entgegen.

Johannisthal. Am 5. Januar hielt der sozialdemokratische Verein für Johannisthal und Niederhönowe seine Generalversammlung bei Emsleben ab.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 9. Januar 1901, abends 9 1/2 Uhr Generalversammlung in G. Feuerheims Beselien, Alte Jakobstr. 76.

Industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert waren.

Die Zahl der Unfälle, für welche im Jahre 1899 Entschädigungen festgestellt wurden, belief sich auf 106 036 (gegen 98 023 im Vorjahre).

Die Zahl der Unfälle ist also wieder erheblich gestiegen und ebenso die Zahl der Verletzten und der vollständigen Krüppel.

Erklärlich finden wir diesen Segen des industriellen Aufschwungs, den die Arbeiter anstatt anfänglicher Verzögerung davon haben, zwar auch; aber für notwendig halten wir es nicht, daß die Arbeiter den Aufschwung mit einem erhöhten Tribut an Leben und Gesundheit bezahlen sollen.

33 arbeitsstatistische Aemter besitzen jetzt einschließlich des Bundesamts die Vereinigten Staaten von Amerika, das zuletzt errichtet ist das von Louisiana.

Gerichts-Beitrag.

Was für Anklagen gegen angeblige Streikposten erhoben werden. Der Glaser Müller hatte sich am 7. d. M. vor dem Schöffengericht hier wegen groben Unfugs zu verantworten.

Der Rechtsanwalt als Kuppeler. Gestern berichteten wir, daß der Prozeß wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Rosenstod vom Reichsgericht der Strafkammer in Potsdam zugewiesen ist.

Die Revision der Angeklagten außer Dr. Metzger, der sich dem Urteil unterworfen hat, beschäftigte Montag den 2. Stroßnast des Reichsgerichts bis in die späten Nachmittagsstunden.

Reichstag.

20. Sitzung vom Dienstag, den 8. Januar 1901, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niederding.

Präsident Graf Vasseström:

Die Herren Kollegen begrüße ich auf das herzlichste beim Beginn des neuen Jahres und spreche den Wunsch aus, daß daselbe sowohl für unsere gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlands als auch für jeden Einzelnen von uns ein recht glückliches und gesegnetes sei.

Der ehrwürdige Restor der deutschen Bundesfürsten, der Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach ist am 5. Januar nach längerer Krankheit von Gott aus dieser Zeitlichkeit abgerufen worden. Der Tod dieses edlen Bundesfürsten, eines nahen Verwandten des Kaisers und seines Hauses, hat den Kaiser, das Reich, die großherzogliche Familie in schwere Trauer versetzt. Der Reichstag schließt sich dieser Trauer an und wird das Andenken dieses erhabenen deutschen Fürsten in hohen Ehren halten.

Der schwere Verlust, den der Kaiser und das Reich durch den Untergang des Schulkaisers Gneisenau erlitten haben, hat uns veranlaßt, an den Staatssekretär v. Tirpitz ein Beileidstelegramm zu senden. Der Staatssekretär v. Tirpitz hat uns dafür seinen tiefgefühlten Dank ausgesprochen.

Dem verstorbenen Abgeordneten Amtsgerichtsrat Mottz (Pole) widmet der Präsident noch einen warmen Nachruf. Zu Ehren des Verstorbenen erheben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst sowie des Gesetzes über das Verlagsrecht.

Abg. Dr. Spahn (C., auf der Tribüne sehr schwer verständlich):

Selbstverständlich hat der Entwurf noch viele Mängel und es wird Sache der Kommission sein, diese zu beseitigen. Vor allem wird der § 8 des Urheberrechts Diskussionen hervorrufen, der die Übertragung des Urheberrechts auf andere gestattet und ferner die Bestimmungen über den Nachdruck. So hat man sich dagegen gewandt, daß Musikstücke auf Vorrichtungen für solche Instrumente übertragen werden dürfen, welche zur mechanischen Wiedergabe der Musikstücke dienen. Die Verleger verlangen, daß auch dies als Nachdruck betrachtet werden soll. Wirtschaftliche Gründe sind jedenfalls maßgebend gewesen, daß diesem Verlangen nicht nachgegeben wurde. — Was das Verlagsrecht anlangt, so ist hier die Übertragung des Verlagsrechts unbeschränkt zugelassen. Es wird Sache der Kommission sein, hier gewisse Klauseln festzusetzen. Ich beantrage eine Kommission von 14 Mitgliedern einzusetzen.

Abg. Dr. Ciske (nall.):

Sehr wünschenswert wäre es, wenn auch zugleich ein neues Gesetz zum Schutz der Photographien und vorgelegt wäre. Der Entwurf über das Urheberrecht stellt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Recht dar. Die Persönlichkeit des Autors, sein ideales Streben wird in diesem Entwurf viel besser geschützt, als das bisher der Fall war. Dem Unfassen der Ausbeutung von Werken der Tonkunst in sogenannten Phonogrammen wird nun endlich besser gesteuert werden können. Die Kommission wird das Hauptaugenmerk darauf zu richten haben, den einzelnen Paragraphen eine möglichst präzise Fassung zu geben.

Abg. Dieck (Soz.):

Ueber das Urheberrecht wird besser eingeklärt in der Kommission verhandelt werden, anders ist es mit dem Verlagsrecht. Der eigentliche Gegensatz zwischen Verleger und Urheber tritt hier in die Erscheinung. Man hat gemeint, der Handel mit literarischen Erzeugnissen müßte genau so behandelt werden, wie etwa der mit Schweizer Käse. Ich möchte doch die Literaten auf eine höhere Stufe stellen. Geistige Erzeugnisse sind doch etwas anderes, als das, was durch Hände Arbeit erzielt werden kann.

Vollkommen ablehnen müssen wir die Bestimmung, daß, wenn der Verleger keinen Erben hat, der Fiskus in seine Rechte tritt. Meinetwegen mag die Nation Erbe des Verlagsrechts werden, aber der Fiskus kann es nicht. Was sollte der Fiskus z. B. anfangen, wenn er Erbe eines sozialdemokratischen Verlags werden würde.

In beiden Gesetzen finden sich Bestimmungen, wonach von dem Erwerber des Urheber- oder Verlagsrechts Kürzungen und sonstige Änderungen an dem Werke nicht zulässig sind, wenn der Verleger die Einwilligung erteilt hat. Wer aber viel mit Manuskripten von Schriftstellern zu thun gehabt hat, der muß sich sagen, daß ein Recht zu solchen Änderungen immer vorhanden sein muß. — Zu begrüßen ist der Paragraph der den Wiederabdruck von Zeitungsartikeln betrifft und den Abdruck von Ausarbeitungen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenden Inhalts verbietet. Es giebt eine ganze Reihe von Zeitungen, die gewohnheitsmäßig ohne irgend ein Honorar zu zahlen, mit der Scheere ihre Plätt herstellen, die den ganzen Inhalt außer den Inseraten auf die schamloseste Weise stehlen. Nun wird man sagen, wo soll die kleine Provinzialpresse bleiben? Aber gegen diese richtet sich das Gesetz gar nicht. Die großen Zeitungen sind viel zu nobel, um gegen jene Zeitungen vorzugehen. Sie wollen nur geschützt sein gegen die großen Blätter am Ort, die derartigen Raub treiben, um zu sparen.

Die Dauer des Urheberrechts soll um zehn Jahre, also von 30 auf 40 Jahre verlängert werden. Ich würde es für viel moderner halten, wenn die 30 Jahre etwa auf 20 herabgemindert würden. — Was die Uebersetzungen anlangt, so hat bisher eine Berner Konvention Gültigkeit gehabt, wonach, wenn ein Werk zehn Jahre nach seinem Erscheinen noch nicht übersetzt war, das Recht der Uebersetzung jedem freistand. Ich meine, daß diese Bestimmung auch unter dem gegenwärtigen Gesetz bestehen bleiben soll, jedenfalls hätte das Gegenteil ausdrücklich im Gesetz ausgesprochen werden müssen. Ich halte dieses ganze Verlagsrecht für vollständig überflüssig, weil die Urheber das, was sie wollen, erreichen können auf dem Wege der Organisation. Es giebt ja Organisationen von Urhebern, aber diese beschäftigen sich mit allem andern mehr als mit ihren Persönlichkeitsinteressen. Die Verleger sind dagegen großartig organisiert, so gut, daß sie in der That mehr Rechte haben, als das Gesetz ihnen geben kann. Die Urheber sind den großen Firmen vollständig preisgegeben. Vielleicht trägt dieser Entwurf dazu bei, daß endlich einmal unsere Journalisten daran denken, daß sie mit einander Standesinteressen haben. Der Verleger ist heute gezwungen, wenn er sein Geschäft halbwegs richtig betreiben will, sehr erhebliche Mittel zu verwenden. Auf der anderen Seite ist der Schriftsteller gezwungen, seine Werke unterzubringen, und das kann er nur durch den Verleger. In dem Vertrag muß er sich ganz dem Verleger fügen. Wir haben vielleicht 60 oder 70 Autoren in Deutschland, die im Grunde den Verleger den Vertrag zu diktieren. Aber die 6, 6, 7000 andere Autoren haben gar kein Recht und müssen zu freuden sein mit dem, was ihnen der Verleger bietet. Diese können Verlagsverträge nur machen, wenn sie in Massen zusammenstehen. Die Rechte des Verlegers sollen nach § 20 übertragbar sein. Das ist ungerecht gegen die Urheber. Man kann doch Werke wissenschaftlichen oder schöpferischen Inhalts nicht wie gewöhnliche Ware behandeln. Heute kommt es oft vor, daß jemand einen Vertrag eröffnet, der vorher einen ganz anderen Vertrag ausgestellt hat. Einem solchen dürfen doch nicht ohne Zustimmung des Urhebers dessen Werke in Verlag gegeben werden. Wenn z. B. Herr Sternberg heute einen Verlag übernimmt, der die Wissenschaften des Herrn Stöcker vertritt, so würde doch Herr Stöcker lieber seine Wissenschaften verbrennen, als sie in den Verlag des Herrn Sternberg geben. (Heiterkeit.)

Man tröstet die Urheber damit, wenn sie die Uebertragbarkeit der Rechte des Verlegers nicht wollten, so könnten sie ja im Vertrag anders bestimmen. Ja, dann muß man den Schriftstellern auch die Macht dazu geben. Jetzt sind sie schuldig dem Verleger preisgegeben.

Der Preis wird im Vertrage festgelegt und kann nur unter Zustimmung beider Teile geändert werden. Das ist nur billig und gerecht.

Doch die Honorarfrage geregelt wird, ist ja gewiß wünschenswert. Aber es giebt leider eine große Zahl von Fällen, wo überhaupt kein Honorar gezahlt wird, wo der Schriftsteller noch die Druckkosten ersehen muß. Die Schuld trifft hier das Publikum. Schämte sich das große Publikum, daß es so faul ist im Kaufen von Büchern. Da finden Sie eine Menge wohlhabender und reicher Leute, aber Bücher finden Sie bei ihnen nicht. Es ist geradezu skandalös, daß bedeutende wissenschaftliche Werke von ganz kleinen Auflagen nicht verkauft werden können. Die Bücher werden nicht geschrieben und gedruckt, daß sie ablagern sollen, sondern damit sie verkauft werden. Aber das empfinden die reichen Leute nicht, daß sie sich Bücher zulegen sollten und daher haben wir die elenden Honorarverhältnisse und daher kommt es, daß die Bücher als Kamfartikeln schließlich auf den Markt kommen.

Diese beiden Gesetzeswürfe sollen Urheber und Verleger schützen und Ordnung in das Gewerbe hineinbringen. Die Regierung ist aber unausgesezt bemüht, Unordnung hineinzubringen. Wir brauchen die Vereinfachung des ambulanten Gerichtsstands für die Presse. Das wäre uns viel wichtiger, die jetzigen Zustände sind geradezu mittelalterlich. Da haben wir den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. Wie viele von den Redakteuren, die heute sitzen unter der Auflage der Majestätsbeleidigung, haben denn eine solche begangen? Sie sind vielleicht nicht sorgfältig gewesen in der Ausmerzung ausföhriger Stellen. Aber dann kommt der dolus eventualis und der Gedanke der Majestätsbeleidigung wird erst dann außen hineingetragen. Wo steht übrigens geschrieben, daß die Polizei von jedem Werk ein Exemplar bekommen muß? Sie mag sich doch eins kaufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Wenn sie durchaus darin herumhanteln will, ob der Verfasser den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen oder sonst irgend eine Bestimmung des Strafgesetzes übertreten hat, so soll sie das Verhängnis wenigstens nicht umlofen haben. (Heiterkeit.) Wie beengend sind für die Verleger die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, wonach bei jedem Lieferungsvertrag die Anzahl der Lieferungen und der Gesamtpreis schon bei der ersten Lieferung festgelegt werden muß. Bezeichnend ist dafür folgender Vorfall, der einem der größten deutschen Verlagsgeschäfte, das durchaus nicht ausrüchig ist, passiert ist. Hier wurde unter Mitwirkung zweier Geheimräte das Invalidenversicherungsgesetz mit Kommentaren herausgegeben. Der Verleger fragte die Geheimräte, wie viel Lieferungen das geben würde, da er das angehen müßte. Diese meinten: ungefähr 12 und so wurde es anmonciert. Schließlich mußten aber 18 Lieferungen daraus gemacht werden und der Verleger hatte pro Band 6 Mark Schaden, wenn das Publikum sich nicht bereit erklärte, den erhöhten Betrag zu zahlen. Wenn uns nicht volle Preisfreiheit gewährt wird, dann kann uns wirklich nicht allzu viel daran liegen, daß das Verlagsrecht formal geregelt wird, dann kann der jetzige Zustand ruhig weiter dauern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Kerndt (Sp.):

Der Herr Vorredner hat sich zu sehr auf den einseitigen Verlegerstandpunkt gestellt, so vor allem in Bezug auf die Abänderungen seitens des Verlegers. Solche Änderungen wie Kürzungen, Zusätze usw. müssen unbedingt dem Urheber überlassen bleiben. Der Herr Vorredner stellte es als selbstverständlich hin, daß das, was das Gehirn leistet, ganz anders zu bewerten sei, als Erzeugnisse der Handarbeit. Das halte ich für sehr richtig, ich glaube nur nicht, daß es dem sozialdemokratischen Standpunkt entspricht. Sehr bedenklich ist nur die Bestimmung, daß das Verlagsrecht ohne weiteres übertragen werden kann. Diese Bestimmung kann vom Verleger sehr zum Schaden des Schriftstellers ausgebeutet werden. — Sehr wunderbar ist es, daß die Frage der Plagiatemplare in dem Verlagsrecht überhaupt nicht berührt ist. Abgesehen von den Einzelheiten hält das Gesetz die richtige mittlere Linie zwischen den Interessen der Verleger und Urheber ein.

Abg. Hauckmann - Böblingen (d. Sp.):

Das Urheberrecht bringt einen erweiterten Schutz des Autors. Zu prüfen wird sein, ob hier nicht in einzelnen Punkten zu weit gegangen ist. So wird das Recht, Antologien herauszugeben, in der Kommission noch erörtert werden müssen. Sehr schwierig ist die Frage der sog. Reuschpublikationen. Die genaue Unterzeichnung dessen, was als Diebstahl verboten sein soll und was erlaubt ist, weil es noch selbständige Ingredienzien des Bearbeiters enthält, wird unmöglich sein. Die Bildung von Sachverständigenkammern wird hier unerlässlich sein.

Was die Frage der Quellenangabe bei Zeitungsartikeln anlangt, so ist es nicht ganz klar, ob bei Telegrammen und ähnlichen kurzen Nachrichten stets eine Quellenangabe nötig ist. Das wäre doch eine zu große Belastung des Zeitungswesens.

Was das Verlagsrecht anlangt, so meinte Herr Dieck, das Gesetz wäre ganz überflüssig. Er verwies die Schriftsteller auf die Selbsthilfe. Von ihm als Sozialdemokrat hat mich das einigermaßen gewundert. Ein solcher Normalvertrag, wie er hier festgelegt wird, ist doch etwas ganz Wünschenswertes. Beiden Teilen muß gleiche Gerechtigkeit gewährt werden. Gegen die Bestimmung, daß der Verlag übertragen werden kann, protestieren die Schriftsteller auf das lebhafteste. Ich bin dafür, daß das Recht der Uebertragung für beide Teile ausgeschlossen wird. Auch der § 47 ist verbesserungswürdig. Danach kann der Verfasser das Vertragsverhältnis kündigen, wenn der Beitrag nicht innerhalb zweier Jahre nach der Ablieferung an den Verleger veröffentlicht wird. Das ist ein viel zu langer Zeitraum. Jedenfalls empfiehlt es sich, einen Unterschied hierbei zwischen Monats- und Tageschriften zu machen. Nach § 17 des Urheberrechts wird die Wiedergabe unserer Reden im Reichstag nur dann als Nachdruck angesehen, wenn wir den Ehrgeiz haben, unsere Reden gesammelt zu veröffentlichen. Daraus wird amlich anerkannt, daß unsere Reden hier einen durchaus belebrenden Charakter haben. Das gilt auch von den Reden der Herren vom Bundesrat. Es ist mir nur nicht recht klar, ob diese amtliche Feststellung zur Hebung des Fremdenverkehrs und der Frequenz hier im Hause besonders beitragen wird. (Heiterkeit.)

Hierauf wird ein Vertragsantrag angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, 2. Lesung des Etats, Reichstag, Reichsanwalt, Reichsanwalt, Reichsanwalt des Innern mit Ausschluß des Extraordinariums.) Schluß 6 Uhr.

Deutscher Handelstag.

Den Handelsverträgen galt die heutige Sitzung des Deutschen Handelstages, den Graf v. Posadowsky mit seinem Erscheinen auszeichnete. Der 12000-Mark-Nam wurde bei dieser Gelegenheit trotz der agrarischen Abmahnungen eine Ansprache halten, in der er u. a. ausführte:

Ich habe die Ehre, hiermit den Deutschen Handelstag bei seiner diesmahligen Versammlung wie in früheren Jahren zu begrüßen. In den Anfängen eines Jahrhunderts ist man unwillkürlich geneigt, auch auf dem Gebiete von Handel und Industrie den Blick übersehend nach rückwärts und prüfend nach vorwärts zu richten. Selbst die hervorragendsten

Männer deutscher Wissenschaft konnten sich in den Anfängen des 19. Jahrhunderts nicht einen entfernteren Begriff davon machen, welchen Fortschritt Industrie und Handel der Entwicklung der technischen Wissenschaften zu verdanken haben würden. An die Stelle der Handarbeit des Einzelnen trat die schnell arbeitende Maschine; aus dem handwerksmäßigen Betrieb entwickelte sich auf vielen Gebieten des Erwerbslebens der Massenbetrieb der Fabrik. Aber auch das Handwerk konnte von dem modernen Maschinenbetriebe vielfach Nutzen ziehen. Durch die modernen Kraftmaschinen wurden die Entfernungen verringert, wertvolle Rohmaterialien aus entfernten Ländern uns zugeführt und so die Grundlage geboten für die Schöpfung neuer Industrien und die vielseitigere Ausgestaltung der bestehenden. Die Vertiefung der gemischten Wissenschaft insbesondere verbildete die Produktion in ungehörter Weise und machte und teilweise sogar unabhängig vom Auslande. Wir können mit einiger Sicherheit annehmen, daß es auch in diesem Jahrhundert der Wissenschaft gelingen wird, sich zum Besten der Menschheit die Kräfte der Natur immer mehr dienstbar zu machen und damit der Industrie und dem Handel fortgesetzt neue Gebiete der Thätigkeit zu eröffnen. Gegenüber diesen günstigen Ausichten dürfen wir aber nicht verkennen, daß auch in großen Kulturstaaten immer seltener die Reizung hervortritt, damit ihren vielseitigen klimatischen Verhältnissen und Bodenprodukten sich handelspolitisch selbst zu genügen und am Orte der Rohprodukte auch die Halb- und Ganzfabrikate herzustellen. Diesen Kampf um den ausländischen Absatz wird die deutsche Industrie und der deutsche Handel in Zukunft in noch höherem Maße wie bisher zu bestehen haben; ich bin aber überzeugt, daß es ihnen auch gelingen wird, mit Hilfe des deutschen Erfindungsgeistes fortgesetzt neue, den fortschreitenden Bedürfnissen entsprechende Waren herzustellen und hierdurch, sowie durch Güte und Preiswert ihrer Erzeugnisse die alten Märkte nicht nur zu halten, sondern auch neue Absatzquellen sich zu eröffnen. Für manchen mag es scheinen, als ob das deutsche Wirtschaftsleben aus vielen sich kreuzenden und überschneidenden Linien bestände. Wer aber tiefer zusieht, wird erkennen, daß alle diese vielfachen Linien doch nur die Streifenfelder desselben mächtigen Gewölbens sind, welches das gesamte deutsche Erwerbsleben überdeckt, daß es nur die Stützen sind des großen Baues deutscher Erwerbsthätigkeit, welche sich gegenseitig ergänzen müssen und alle gleiches Recht auf Existenz haben. Möchten auch die Beratungen des Handelstages dazu beitragen, einem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen die Wege zu ebnen.

Ueber seine handelspolitische Ueberzeugung, sofern Graf Posadowsky eine solche haben sollte, hütete er, wie man sieht, mit einem abgeblähten Miquel'schen Sammel- und Ausgleichsuf hinweg; er darf offenbar in dieser Frage ebenso wenig eine Meinung haben, wie über das Problem des richtigen Anfangs des Jahrhunderts, denn er mit einem sehr unbeabsichtigten aber sehr bescheidenen Wit dadurch aus dem Wege geht, daß er von den Anfängen des Jahrhunderts spricht, deren es ja in der That diesmal zwei gegeben hat.

Immerhin wird die Ansprache den Agrariern nicht gefallen, denn sie betont nicht ausdrücklich, sondern nur andeutungsweise die Interessen der Landwirtschaft und begeistert sich statt dessen für die Exportinteressen der Industrie. Man wird es dem Staatssekretär zweifellos verdenken, daß er Verhandlungen sympathisch begrüßt, denen die folgende von Dr. Soetbeer gestellte Resolution zur Handelsvertragspolitik zu Grunde lag:

Anknüpfend an seine Erklärung vom 14. März 1898 spricht der Deutsche Handelstag die Ueberzeugung aus, daß zur Erhaltung und Förderung des Volkswohlstands, der wirtschaftlichen wie politischen Machtstellung des Deutschen Reichs, insbesondere auch zur löhrenden Beschäftigung seiner stark wachsenden Bevölkerung, die Fürsorge für die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse durch Beibehaltung und weitere Anwendung der bisherigen Politik langfristiger Handelsverträge betätigt werden muß.

Als wesentlicher Inhalt der Handelsverträge ist die Herabsetzung und Bindung der Zölle und die Gewährung der Meistbegünstigung zu betrachten. Auch Meistbegünstigungsverträge ohne Befreiung von Zöllen sind von hohem Wert, wenn auch in einzelnen Fällen das Bedenken entstehen kann, daß der Besitz der Meistbegünstigung dem fremden Staat den Anlaß biete, vom Abschluß eines für Deutschland wünschenswerten Tarifvertrags abzusehen.

Die Einföhrung eines Doppeltarifs (Maximal- und Minimaltarifs) ist als schwere Geföhrdung des Abschlusses günstiger Handelsverträge entschieden abzulehnen. Ebenso sind die Vorföhrungen zu verwerfen, die auf Einföhrung von Wertzöllen, Befreiung des gemischten Systems der Verzöllung nach Roh- und nach Reingewicht, Einföhrung einer gesonderten Verzöllung der Umschlagungen und Abschaffung oder Verkümmern irgend einer Form des Zollcredits gerichtet sind.

Ohne auf die Höhe einzelner deutscher Zölle näher einzugehen, hebt der Deutsche Handelstag gegenüber den Forderungen einer Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel die dagegen sprechenden schweren Bedenken hervor, die darauf beruhen, daß die weitesten und namentlich die minder bemittelten Kreise der Bevölkerung durch eine Verteuerung der Lebensmittel betroffen werden, daß hieraus eine Schwöchung der Kaufkraft für industrielle Erzeugnisse entsteht, daß eine durch jene Verteuerung hervorgerufene Steigerung der Arbeitslöhne den Wettbewerb der deutschen mit der ausländischen Gewerbsthätigkeit erschweren würde, und daß für den Abschluß von Handelsverträgen auch Länder in Betracht kommen, die auf die Ausfuhr von Lebensmitteln angewiesen sind.

Schließlich spricht der Deutsche Handelstag die Erwartung aus, daß den zur Vertretung von Industrie und Handel berufenen Körperschaften Gelegenheit gegeben werde, sich rechtzeitig über den Entwurf eines neuen Zolltarifs zu äußern.

Dr. Soetbeer äußerte im Verlaufe seines mehrstündigen Referats seine Bedenken gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Der Ausschuss habe es aber nicht für richtig gehalten, sich auf bestimmte Sätze festzusetzen, wenn auch alle Bedenken gegen die Lebensmittelpreise anerkannt worden seien. Man habe es für richtig gehalten, vor einem abschließenden Urteil über die als notwendig erscheinenden Zölle auch die von der anderen Seite geltend gemachten Grundzüge zu prüfen. Bei dem Abschluß von Handelsverträgen müssen wir es vermeiden, das Ausland so zu behandeln, wie wir selbst nicht behandelt sein wollen. Er hoffe, daß man an maßgebender Stelle nicht das, was man vor zehn Jahren als richtig erkannt habe, heute als falsch ansehen werde.

Während der Ausführungen über die Lebensmittelpreise hatte Graf Posadowsky die Versammlung verlassen. Geheimrat Kommerzienrat Frenzel teilte der Versammlung mit, daß der Herr Staatssekretäre zu seinem Bedauern infolge der bevorstehenden Landtags-Eröffnung verhindert sei, den Verhandlungen weiter beizuwohnen.

Geheimer Kommerzienrat Dissend-Mannheim ist von der Mannheimer Handelskammer beauftragt, sich gegen jede Zollerhöhung auf Getreide und die notwendigen Lebensmittel auszusprechen.

Handelskammersekretär Nagosch, Vertreter der Handelskammern Reg und Saarbrüden, fährt aus: Wenn auch die vom Referenten beantragte Entschöpfung die Mehrheit des Handelstages finden werde, so müßte doch auch beachtet werden, daß nicht alle

Handelskammern in Bezug auf die Erhöhung der Getreidezölle derselben Ansicht sind. (Münche) Eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle sei für die Landwirtschaft notwendig und im Interesse ihres Bestehens gerechtfertigt. (Münch. Reichs-Zeitung) Beide von ihm vertretenen Handelskammern seien selbständig zu der Ansicht gelangt, daß eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle keine Gefahr für Handel und Industrie und für das Vaterland bedeute. (Münch. Reichs-Zeitung) Auch bezüglich der Einführung des Maximal- und Minimaltarifs stehen beide auf dem Standpunkt, daß dasselbe manche Vorzüge habe. (Münch.) Von den 140 Handelskammern haben nur 68 geantwortet, allerdings davon 67 gegen und nur zwei für den Doppeltarif. Redner verliest eine Entschließung seiner beiden Kammern im Sinne seiner Ausführungen zu Gunsten eines mäßigen Getreidezolls und der Aufstellung eines Maximal- und Minimaltarifs, welche letzterer zweimäßig und zur Aufrechterhaltung eines Mindestschutzes für Handel und Industrie notwendig sei. (Heftiges Rufen.)

Vergar Behrens, Bochum bittet, nicht mit apodiktischer Sicherheit sich gegen jede Zollerhöhung auszusprechen, sondern die Frage offen zu halten, bis eine weitere Klärung geschaffen sei. (Weißall und Widerspruch.) Namens seiner Freunde in der rheinisch-westfälischen Industrie spreche er sich gegen Absatz der Resolution aus.

Direktor Pulvermacher-Kassel: Die Erregung, welche im deutschen Volk wachgerufen hat, legt Zeugnis davon ab, daß es so nicht weitergehen könne. Die unerhörten Angriffe gegen Handel und Industrie dürfe man nicht ruhig hinnehmen. (Stürmischer Weißall.) Wir müssen einen energischen Ton annehmen, wenn wir etwas erreichen wollen. (Weißall.) Der Kampf um die Handelsverträge ist nicht weiter als der Kampf um die Getreidezölle, von denen alles abhängt. (Weißall.) Wir sind hier die Interessensvertretung von Handel und Industrie. Es erscheint mir unbegreiflich, wie die Vertreter und Vorträge über den Schutz der Landwirtschaft halten konnten. Ich möchte sehen, wie sie behandelt werden würden, wenn sie im Bund der Landwirte für Handel und Industrie eintreten würden. (Weißall.) Er beantragte, in der Resolution klar auszusprechen: gegen jede Erhöhung von Lebensmittelpreisen. Wir stehen einer mächtigen geschlossenen Gewerkschaft gegenüber. Aber wie haben einen Bundesgenossen: die arbeitende Bevölkerung. (Weißall.) Wir wollen mit unseren Arbeitern in Frieden leben, wir wollen daher keine Fülle und keine Inflation. Die Lebensmittelpreise treiben den letzten Mann zur Sozialdemokratie. (Stürmischer Weißall.)

In der weiteren Debatte beteiligten sich zahlreiche Redner, die meist für die Resolution sind.

In der Abstimmung wurde die von Seebert befürwortete Resolution unter einer redaktionellen Aenderung mit großer Mehrheit angenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Die nächsten Ziele für den Arbeiterinnenschutz.

wurden von Genossin Jherer in einer Versammlung des bürgerlichen Vereins Frauenwohlfahrt erläutert. Die Referentin begann mit einer Beleuchtung des Verbotes weiblicher Fabrikarbeit, welches das Centrum im Reichstag vertritt, die bekannten Schriften von Morin, Pöhlle und Collet verteidigen, und welches sich doch nur durch eine Reihe von Trugschlüssen und Widerprüchen begründen läßt, welche darin gipfeln, daß die arme Arbeiterin auf jede Verbesserung ihrer Lage, jedes Kulturbedürfnis verzichten sollte und müsse, um die Kinder selbst zu pflegen und zu hüten.

Nach Kennzeichnung und Würdigung dieser Art von Arbeiterinnenschutz, welcher nur aus Verbots- und Zwangsmahregeln besteht, ging die Rednerin auf den wahren Schutz über, welcher den Schutzbedürftigen nicht nur nimmt, sondern auch giebt. Das Programm, welches die sozialdemokratischen Frauen aufgestellt und in einer Resolution an den Reichstag haben gelangen lassen, wurde als der beste Arbeiterinnenschutz, den wir heute erhoffen können, Punkt für Punkt kurz erörtert.

Eine lebhaft und eingehende Diskussion bewies das Interesse der Anwesenden, von denen die meisten, dem Beispiel der Vorsitzenden Frau Cauer folgend, sich auf den Boden des Programms stellten und nur in Einzelheiten andere Ansichten vertraten. Ein Vorschlag von Fr. Dr. Augsburg, Frauen als wählbar für das Gewerbegericht aufzufassen, da sie im Gewerbegebiet nicht ausdrücklich ausgeschlossen seien, wurde von der Referentin als ungangbar bezeichnet, weil das Gewerbegebiet ausdrücklich die Befähigung zum Amt eines Schöffen als Maßgebend für die Wählbarkeit zum Gewerbegericht bezeichnet. Dieser seltsame Hinweis auf ein ganz anders geartetes Amt kann nur eine verfehlte Abweitung der Frauen bedeuten, und bildet ein unüberwindliches Hindernis, so lange nicht das Gesetz geändert wird. Fräulein Pappe sprach sehr wirkungsvoll für Verbot jeder Nachtarbeit, Fräulein Läderer für den Achtstundentag. Auf ihre Bemerkung über den Widerspruch zwischen der Forderung der Sozialdemokratischen und dem Antrag der Fraktion, der den Zehnstundentag fordert, erwiderte Genossin Jherer, daß der scheinbare Widerspruch durch die zufällige Fortlassung eines Satzes verschwindet, welcher lautet, daß unbeschadet der Forderung des Achtstundentags die einstündige Beschäftigung auf 10 Stunden das äußerste ist, was man von den zu einer Majorität unumgänglich nötigen bürgerlichen Parteien erwarten kann.

Fr. Dr. Hader als Arzt bestätigt, daß die Kindersterblichkeit nicht nur durch die Abwesenheit der Mutter, sondern wesentlich durch die blühige Lebenshaltung bedingt sei. Die Schwierigkeit der Organisierung der Arbeiterinnen findet Fr. Schreiber in der Ueberlastung mit Haus- und Berufsarbeit.

Ein besonderes Interesse erhielt die Debatte durch das Eingreifen des Gewerbe-Inspektors Regierungsrats Hartmann (es befanden sich in Saal zwei Regierungsräte, zwei Assessoren und die Assistentin Fr. Reichelt). Er betonte, daß die

Nachtarbeit nur in den seltensten Fällen bewilligt werde, ohnehin sei es nur ein Uebergangsstadium, um die Nachtarbeit zu erleichtern. Die Schließungen, um die freie Stunde am Sonnabendabend durch Ausfallen der Frauen und früheren Beginn der Arbeit hereinzubringen, bestreitet er entschieden und meint, bei der häufigen Kontrollierung seitens der Reviere könnten in Berlin Ungeheuerlichkeiten nicht vorkommen.

Diese Behauptungen wurden jedoch durch die langjährige Leiterin des Verbands der Buchdrucker-Hilfsarbeiter Frau Thiede sofort widerlegt. Auch die Revisionen erschienen in eigenartigem Licht durch die Erzählung einer Arbeiterin aus eigener Erfahrung. Wenn der Beamte in Gegenwart des ihn begleitenden Vorgesetzten die Arbeiterinnen nach ihren Beschäftigungen fragt, kann er sicher keine zu erhalten. Als in demselben Betriebe die Inspektorin allein erschien und nach den Toiletten fragte, wurden daraufhin gleich getrennte Räume für beide Geschlechter hergestellt. Daß viele Wäschenäherinnen und Plätterinnen noch keinen Inspektor zu sehen bekamen, beweist die ungenügende Ueberwachung, die durch die Sorgfalt der Polizeireviere nicht ersetzt werden kann. Nicht der gute Wille der Ueberwachenden Beamten wird in Zweifel gezogen, wohl aber ihre Macht, bei so ungenügender Anzahl der großen Aufgaben Herr zu werden. Ihre Anwesenheit und ihre Beteiligung an der Diskussion wurde als glänzendes Anzeichen begrüßt, daß sie den Wünschen der Arbeiter offenes Ohr leisten werden.

Nachdem noch Frau Thiede über die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Organisation gesprochen, welche auch Herr Weinhausen energisch bekräftigte, sprach sich Fräulein Dr. Augsburg in scharfer Weise gegen die Arbeitgeber aus, welche durch Zwang und Drohungen die Arbeiterinnen an Wahrnehmung ihres Koalitionsrechts hindern, wie z. B. eine große Anzahl Münchener Wirte die Organisation der Köchinnen besetzten. Freilich sei das böse Beispiel des Staats noch betrübender, welcher die Postbeamten, die Eisenbahner usw. als Arbeitgeber hindere, ihre gesetzlichen Rechte wahrzunehmen.

Zu Schlußwort bekräftigte Genossin Jherer in warmer Weise die Pflicht, die Arbeiterinnen über ihre Rechte zu belehren und ihnen den Wert der Organisation in keinen Werkstättenversammlungen darzulegen. Jede sozial denkende Frau möge sich an diesem dringend nötigen Werk der Aufklärung beteiligen. Mit einigen herzlichsten Dankworten schloß die Vorsitzende die Versammlung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20, Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche über: „Die Frau in der modernen Naturforschung“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Kitzbühl. Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Thomas, Herrmannstr. 48-50, Vortrag des Herrn Dr. Bollheim über das Thema: „Aus der Chemie der Ernährung“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 9. Januar.
Opernhaus. Sigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Maria Stuart. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lessing. Johannfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neuburg. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Liebesprobe. Hieraus: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Der Leibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Tochter des Herrn Fabricius. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Geschlossen.
Carl Weis. Berlin wie es weint und lacht. Anfang 8 Uhr.
Eulien. Paris - Paris. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Drei Tage aus dem Äolner Leben. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten - Vorstellung. Wo ist die Mutter?? Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten - D - Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Prof. Thompson aus London: Faraday und die englische Schule der Elektriker.
Invalidentraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schausp. in 4 Akten v. A. Wildbrandt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Hieraus: Die Schullehrerin.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Tochter des Herrn Fabricius.

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York.)
Buntes Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerfer.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonntag, abends 8 Uhr z. halb. Preise:
Die Geisha. - Abends 7 1/2 Uhr:

Thalia-Theater
Friedrichstr. 72.
Morgen und folgende Tage:
Amor von heute.
Dr. Ausstattungsstelle m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nur 2 Aufführungen:
Berlin wie es weint und lacht.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag: Auf allgemeines Verlangen:
Der Brandstifter.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung. Keine Preise:
Sneewittchen.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
(Dauer-Vorstellung) von
nachm. 3 bis nachts 11 Uhr.
Die Ueberwinder Houdinis
The two Cirnoos.
Mlle. Marguerita
Erste Soubrrette
vom Petit Casino in Paris.
Ravizetta d'Aragon
die gracilöse spanische Tänzerin.
Der Herr von Maxim
Burleske Lokalposse in 1 Akt.
17 erstklassige
17 Spezialitäten
Eintritt einschließlich Panoptikum 50 Pf.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale
Januar-Programm!
8 1/2 Uhr: Neu! 8 1/2 Uhr:
Wo ist die Mutter?
Poffen-Schwan! von H. Kuno.
Schwünzler: Dir Richard Winkler.
Cécil St. Germain und Mlle. Therese.
Neu! Im Reich der Illusion! Neu!
The 3 Hanlons, frounerregende
Kraft-Produktionen.
Dazu 12 Schau-Nummern
1. Rangs.
Sonntag 7 Uhr.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Täglich 1/9 Uhr:
Mit vollständig neuer
Ausstattung
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungsstelle
von F. Freund u. W. Mannhadt.
Berger;
Das sensationelle Debüt der
American Zouaven
und des vollständig neuen
Januar-
Spezialitäten-Programms.
Anfang 1/8 Uhr.
der „Tollen Nacht“ 1/9 Uhr.
Rauschen in allen Rängen gefaltet.

Cirkus Busch

Mittwoch, den 9. Januar 1901.
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Zum 42. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Manège-Schauspiel
in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Besonders hervorzuheben: Der feier-
hafte Goldakt mit der
Wunderfontaine
Vorher Vorführung der vorzüglichsten
Programmanzeigen. U. a.: Kunst-
treiben des besten Reitkünstlers der Welt Mr.
Charles Clarke, der Welt-Weidmann etc.
Sonntag, 14. Januar, nachmittags
4 Uhr: „Berliner Landpartien“,
wozu jeder Erwachsene auf Sitzplätzen
ein Kind frei hat; weitere Kinder die
Gäste.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Mittwochnachmittag 8 Uhr:
Prof. Thompson aus London:
Experimental-Vortrag:
Faraday und die englische Schule
der Elektriker.
Invalidentraße 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Grosse Weihnachts-
Ausstellung!
Die „Trinklust“ der Germanen,
sensationalste plastische
Gruppen aus Deutschlands
Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal.
Damenkapelle Zarina.
Die wilden Weiber aus Dahomey
u. vieles andre mehr!

Passage-Panopticum.
Die ansammengewachsenen
Zwillinge.
Die Aissaouas-Truppe.
Die 12 Fakire.
China in Berlin.
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Apollo-Theater.

Phänomenaler Erfolg!
Minstrels parisiens - Salambos
Valentine Petit
Helene Gérard - Rob. Steidl
Rachettas - Quartett Légy
Miss Zolla - Meisters Kosmograph
Des Löwen Erwachen.
Komische Operette in 1 Akt
von J. Brandt.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr:
Gr. Zauber-Vorstellung
Ben-All-Bey. Halbe Preise.
Der Cirkus ist gut geschützt und
vor Zug geschützt.

Cirkus Busch

Mittwoch, den 9. Januar 1901.
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Zum 42. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Manège-Schauspiel
in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Besonders hervorzuheben: Der feier-
hafte Goldakt mit der
Wunderfontaine
Vorher Vorführung der vorzüglichsten
Programmanzeigen. U. a.: Kunst-
treiben des besten Reitkünstlers der Welt Mr.
Charles Clarke, der Welt-Weidmann etc.
Sonntag, 14. Januar, nachmittags
4 Uhr: „Berliner Landpartien“,
wozu jeder Erwachsene auf Sitzplätzen
ein Kind frei hat; weitere Kinder die
Gäste.

Cirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 9. Januar 1901. abends präcise 7 1/2 Uhr:
Miesen-Erfolg! Zum 108. Male: Stürmischer Weißall!
Ein
Sensationsschlager
I. Rangs. Größtes
Wasserschauspiel
der Gegenwart.

China.

Der Krieg in Ostasien. - Im Zeichen des Tragens. - 600 Mitwirkende.
Benutzung des ganzen Parks. Vorher ganz exquisites Programm.
Kunststücken neuer engagierter Spezialitäten. U. a.: Neu! Die welt-
berühmte Familie Rogée. Neu! Mlle. Marguerite. Neu! Mlle. Lina etc.
Vorl. der amtl. unerreicht. Originalbroschüren des Hrn. Alb. Schumann.
Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasehoide 21 und Jahstr. 8 in Schnogelsbergs
Festhallen. Tel.: Max Schindler. - Telefon: Kint IV
Nr. 1182. - Heute sowie jeden Sonntag, Mit-
woch und Donnerstag: Grosser Ball.
als Spezialität: Cigarren- und echten
Weichselspitzen-Regen & verbunden mit
Schlangen- u. Kobold-Regen u. diversen Ueberraschungen.
Tägliche Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.
Weinen werden Köfen zur besonderen Beachtung, doch
vom 1. Januar ab außer Sonntag und Mittwoch auch Donnerstage
großer Ball stattfindet.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hutt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung



BERLINER
PFERDE-
LOTTERIE
Ziehung am
11. Januar 1901.
100000
Gewinn
Carl Heintze
Berliner
Unter den Linden

Künstl. Zähne von J. M. an, vorzüglich. Vervollständigen fehlender, Zahn-
reihen. Schmerzlos Zahnziehen. Zahnwechen.
schmerzlos befristet. Reparaturen sofort. Goldstein, Oranienstr. 123.

Sanssouci Cirkus Jansky

Donnerstag, Sonntag
und Montag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger.
Nach jeder Sotree:
Tanzkränzchen.
Lustige
Bagabonden.
Schöneberg, Hauptstrasse.
Mittwoch, den 9. Januar 1901,
nachm. 4 Uhr: Schiller, Kinder- u.
Familien-Vorstellung zu bedeutend
ermäßigten Preisen für Erwachsene
und Kinder. Abends 8 Uhr: Genü-
llike Preise. Aufführung der Wasser-
Pantomime „Saida“.
W. Noacks Theater.
Brunnenstr. 16.
So find sie alle.
Poste mit Gefang in drei Akten von
Wannhadt und Keller.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Morgen früh 3 Uhr verstarb
nach kurzen, schwerem Leiden
unser lieber guter Mann, Vater,
Bruder und Schwager, der
Ressaur 19168
Hermann Hanja,
Brunnenstr. 16.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerst-
tag 3 Uhr von der Leichenhalle
des Elisabeth-Kirchhofs, Adre-
straße 37, aus statt.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10,
über: „Ergenisse unheilbarer Männer-
leiden“ Mittwoch, 9. Januar, abends
9 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27a. Nur Herren! Eintritt
frei! Keine Zellerfassung. (1900)

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische
4 Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Reichshallen Stettiner Sänger.

Zum Schluss:
Weihnachten
in China.
Anfang 8 Uhr.
Vorher:
Militär-Konzert

Anzüge nach Maß für Herren- und Knaben

Größte Auswahl in in- und aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Beinkleider etc. werden
unter Garantie des guten Stils
zu überaus billigen Preisen
(Angebot angefertigt im Tuchgeschäft
bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Masken

Kostume-Verleihbazar
gröÙte Auswahl, billige Preise
Fr. C. Frommholz
Alte Poststr. 76, Ecke Kottbuserstr.

Zeitzahlung

monatl. 10 Mk. liefert elegante Herren-
Geräthe nach Maß, auch das Beste
zu billigen Preisen. J. Temporewsky,
Schneidmeister, Reuterstraße 16.
Freitag, abends, vom Nachmittage
geöffnet, früh vorzügl. (1900)

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Bureau im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 29. Telefon: Amt VII, Nr. 4289.
Geöffnet an den Wochentagen von vormittags 8-1 Uhr und nachmittags 3-7 Uhr.

Wir geben den Mitgliedern des Verbands nochmals bekannt, daß nach dem Versammlungsbefehl vom 12. Dezember v. J. alle Streifenkarten, soweit dieselben in Ordnung sind, den Schlüßstempel erhalten sollen. Wir bitten, so weit dies noch nicht geschehen, die Karten im Bureau der Verbandsleitung zur Abstempelung vorzulegen. Gleichzeitig machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß mit der Ausstellung der neuen Sammelkarte für das Jahr 1901 begonnen worden ist. Soweit die Kollegen in Arbeit stehen, sind hiermit die Sammelkarten aufgefördert, sich in den Besitz von Ausnahmelisten zu setzen, dieselben auszufüllen und im Bureau abzugeben.

Die Verbandsleitung. J. K.: Karl Pauser.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Heute, Mittwoch, den 9. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke.
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmänner-Karte legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Modell- u. Fabrik-Tischler, sowie Modell-Drechsler!

Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr,

Vertrauensmänner-Sitzung
im Lokale des Herrn Dieke, Adlerstr. 123.

Tagesordnung:
1. Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Wie gedenken wir unsere Agitation zu betreiben? 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, die Vertrauensmänner ihrer Werkstätten auf obiges Inserat aufmerksam zu machen.
Der Obmann.

Am Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstr. 57:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Pünktliches Erscheinen ist notwendig.
Die Kommission.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8 Uhr Koppenstraße 29:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die Einführung der Kontrollbücher.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der Maschinenbau-

Arbeiter und verw. Gewerbe zu Berlin.

Berichtigung.

In unserer Annonce in der Sonntag-Ausgabe vom 6. Januar cr., Nr. 5 muß es heißen statt:
Donnerstag, den 15. Januar 1901:
Dienstag, den 15. Januar 1901,
und statt:
Es wählen sind 94 Vertreter -
Es wählen sind 82 Vertreter.
Der Vorstand.

Am Sonntag, den 15. Januar 1901, in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses:

10. Stiftungs-Fest

des Lese- und Diskutierklubs „Süd-Ost“

bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung der freien Sänger-Vereinigung „Fackel“, des berühmten Berliner Uk-Trio usw. - Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Gen. Paul Singer. - Bille 25 Pf. - Von 4 Uhr an in zwei Sälen Tanz (Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. - Alle Freunde und Gäste willkommen.
Das Komitee.

Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost“.

Am Donnerstag, den 10. Januar 1901, abends 9 Uhr, bei Toltzendorf, Görlitzerstr. 58:

Vortrag des Herrn Dr. R. Steiner über: „Die Entwicklung des Menschen vor Erfindung der Schrift“.
Zahlreichen Besuch erwartet [285/3] Der Vorstand.

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen

(Filiale Berlin).

Mittwoch, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Heinemann über: „Der Arbeitsvertrag nach dem bürgerlichen Gesetzbuch“. 2. Wahl einer Kommission für die Herrenmodebranche. 3. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht [182/1] Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstelle Berlin II).

3 Mitglieder-Versammlungen.

Für Süd-Osten:

Am Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Brüder, Waldemarstraße 75.

Tagesordnung:
1. Die Berechtigung der Arbeiterbewegung. Referent Kollege Hauke.
2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Bericht und Renoual des Obmanns. 4. Verschiedenes.

Für Osten:

Am Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, in Imbs Ostbahn-Part, Müderdorferstraße 71.

Tages-Ordnung:
1. Die Gewerkschaftsorganisation und ihre natürlichen Gegner. Referent Kollege Fritsch. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Gewerkschaftliches.

Für Norden:

Am Freitag, den 11. Januar 1901, abends 8 Uhr, im Lokal Schwedterstrasse 24.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Hauke über: Die Berechtigung der Arbeiterbewegung. 2. Bericht von der letzten Vertreter-Versammlung. 3. Der diesjährige Verbandstag.
Um regen Besuch dieser Versammlungen bitten [186/4] Die Verbandsleitung.

Achtung! Klempner. Achtung!

Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer.

Versammlung

aller bei Meistern der Klempner-Zunft beschäftigten Klempnergefelln

betreffs Wahl von zwei Besitzern und zwei Stellvertretern für das Zunft-Schiedsgericht der Klempner-Zunft.
J. K.: W. Suppe, Vorsitzender des Gesellenausschusses.

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 10. Januar 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8, Hof links 2 Treppen:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstands, der Revisoren und des Lehrer-Kollegiums. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Billig. Preßkohlen. Billig.

(Marke Marie)
pro 100 Stück 85 Pf.
Verkauf vom Rahn-Friedrichsplatz 12/13. Bestellungen nimmt auch Restaurateur Otto Schulz, An der Fischerbrücke 1, entgegen.

A. Jandorf & Co.

C. Spittelmarkt 16/17 * SW. Leipziger Strasse 64 * SW. Belle-Alliance-Strasse 1/2.

Schluss des

Inventur-Räumungs-Verkaufs

und Separat-Verkauf anderer preiswerter Special-Artikel

Sonnabend, den 12. Januar, abends 9 Uhr.

Am Donnerstag, den 10., und Freitag, den 11. Januar, bleiben meine Geschäftsräume der

Inventur-Arbeiten

wegen geschlossen.

Kaufhaus Max Mannheim
Frankfurter Allee 89.

Patzenhofer Marine-Bräu

ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Bekömmlichkeit. (84L)

Preis frei Haus:
 30 Fl. M. 3.—
 1/2 To. M. 3.25
 1/3 To. M. 2.65

Patzenhofer Brauerei

NO., Landsberger Allee 24/27.
 NW., Strom-Strasse 11/16.

Mühlhausener Geld-Lotterie

17 597 Geldgewinne im Betrage von

473,000 Mark.

Baar ohne jeglichen Abzug zahlbar.

Die Hauptgewinne sind:

100,000, 50,000, 20,000, 10,000 Mk. etc.

Loose à 3,30 Mk. (Porto u. Liste 30 — Ausland 50 Pf.) empfehlen und versenden prompt

Oscar Bräuer & Co. Nachf., Geschäftsbank

Berlin W., Friedrichstr. 181. Filiale: NW., Wilsnackerstr. 63.

Ziehung schon 25. Januar er.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen
 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich
 I. M. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33,
 Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur. sofort. *

Riesen-Stofflager

Krausenstr. 1. Etage,
 fertigt nach Mass unter
 garantiertem Sitz:
 Hochfeine Winterpaletots für 30 M.
 Hochfeine Anzüge für 30 M.
 Hochfeine Bekleider für 10-12 M.

Paletot

38 Mark mit abgehängtem Kollas nach
 Maß liefert gegen bar Kasse
 Tomporowski, Reanderstr. 16,
 543L* I. Etage.
 Anzüge allerbilligste Preise, eignes
 Stofflager. Bei feineren Garbrosen
 Teilgabung monatlich 10 Mk. gebietet.

Gänsechmalz, Pfd. 80 Pf.

C. Pohlt, Gewerkschaftshaus
 Engel-Ufer 15 (1911)
 im Restaurant

1. Ziehung 1. Klasse 204. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Januar 1901, nachmittags.
 Gewinne im 60-Mark-Stück haben berechtigten
 Anspruch in Räumern beigefügt.
 (Cf. Nr. 553.)

123 287 574 625 61 64 86 753 837 [1000] 25 1374 608
 289 709 83 811 48 51 921 40 61 2004 170 255 [150] 70 72
 374 403 69 753 78 802 92 3146 287 39 332 41 408 12 37 345
 985 775 991 4196 325 312 45 577 612 13 74 715 28 32 820
 989 68 9029 132 248 315 484 729 903 11 115 278 68 229
 45 73 898 906 7239 333 831 [150] 8239 345 414 625 815
 9198 222 313 57 85 427 29 52 77 78 593 949
 10000 192 604 514 4 643 70 701 9 42 68 829 33 917 11967
 415 22 719 954 12022 49 497 788 745 974 13098 14 21 93
 81 107 73 203 85 544 614 [300] 76 [150] 943 982 1489 320
 282 620 47 10965 111 35 282 649 [100] 847 69 14046 497
 813 39 51 917 49 17946 89 38 198 227 82 197 14154 79
 356 292 629 709 889 946 19151 73 74 339 685 [150] 808
 960 34

20010 [300] 37 279 344 90 775 839 50 905 24 20101 140
 76 321 79 474 94 703 26252 20709 119 40 391 28 39 341
 42 69 491 573 611 24126 82 973 94 829 31 76 97 427 779
 832 [100] 98 915 [150] 24592 112 14 418 540 70 60 [100]
 911 45 32 20110 66 262 342 421 [1000] 33 589 641 98 736
 99 27049 [100] 200 35 48 329 32 79 428 601 38 [100] 69 71
 863 28006 331 361 537 [100] 624 813 96 20155 72 94 613
 90 76 74 926 82

30040 132 330 417 528 702 82 995 31172 76 89 321 67
 408 626 32247 588 55 727 82 86 90 900 33211 415 53 67
 634 51 730 80 894 84096 133 233 400 25 27 530 401 81 752
 823 45 100 [150] 58 81 973 35628 194 229 45 840 437 723 26
 41 825 20466 71 189 [500] 416 845 935 37090 23 55 71
 97 127 41 45 42 67 329 89 513 78 797 84 43 66 82 38193
 341 67 614 35 55 53 726 55 530 73 929 39909 50 [150] 117
 45 294 71 530 [100] 896 [100] 919 89 40 89

40218 55 471 709 19 23 37 878 973 41118 40 58 574
 417 44 87 554 629 42022 89 113 289 88 489 553 734 81 [150]
 869 914 43204 [150] 435 40 74 535 859 927 44048 51 89
 363 20 55 585 73 533 78 40946 805 927 40822 64 392
 97 444 55 709 11 26 [100] 59 81 [10000] 47042 56 93
 281 350 94 519 539 85 631 88 792 910 26 48963 153 95 263
 455 98 519 49031 113 33 335 89 446 543 45 86 807 75 [150]
 60328 50 410 [300] 828 92 61084 89 89 547 788 62509
 15 54 764 864 62064 128 824 [100] 623 49 509 708 800 951 71
 64066 [100] 464 631 887 56222 166 63 308 45 79 355 65
 552 613 740 851 75 84918 479 529 656 835 [100] 890 87385
 329 71 449 819 82 60809 178 265 639 98 60202 32 66 199
 528 629 79 712 93 867 938 29

60079 100 60 328 582 739 906 95 61099 292 14 [100]
 16 69 70 371 674 940 [100] 62372 156 309 50 83 414 73 510
 801 32 901 96 60301 254 497 522 70 [200] 658 718 819 997
 64612 99 114 221 83 355 441 [100] 71 95 679 894 951 53 65130
 274 451 51 504 78 629 29 26 66671 144 774 84 853 56 97017
 164 588 638 826 88012 43 392 514 708 15 29 40 47 [200]
 692 57 914 69330 70 458 679 791 890

70139 72 26 396 350 84 375 97 728 95 [100] 807 71132
 292 94 395 [100] 435 649 10 775 871 72123 26 54 58 277
 91 443 62 640 91 730 847 59 914 54 78 73064 462 500 730 918
 49 74721 36 322 434 369 76 665 81 7039 829 59 32 350 69 73072
 133 84 90 370 428 611 733 582 90 28 74014 31 221 85 467 818
 627 728 37 79 89 836 907 11 89 77300 17 246 54 330 46 286 874
 965 78607 92 102 8 492 831 78024 38 161 915

80181 685 785 81107 235 347 405 591 718 894 995 82125
 232 315 99 427 612 42 707 [100] 825 88309 31 54 438 816 30
 [150] 907 69 84002 6 11 74 184 269 11 86 676 923 31 85287
 99 484 504 71 89 84115 57 236 888 761 971 87117 347
 99 484 504 71 89 84115 57 236 888 761 971 87117 347
 88014 90 100 0 230 37 689 610 429 78 580 605

90013 62 319 46 688 586 613 97 836 96 91042 45 65 81
 131 300 465 71 637 92002 111 227 71 355 406 10 903026 48 30
 331 422 78 534 [100] 634 796 [1000] 829 94176 85 87 413 801
 719 564 79 95021 120 230 330 544 730 [100] 61 891 966
 94063 67 182 235 430 42 737 45 88 822 937 97063 68 193 431
 320 64 80 655 709 800 25 98915 162 262 [300] 224 [100] 562
 306 72 90045 137 211 300 65 405 64 66 627 37 764 890 [100]
 71 911 69 [300]

100027 78 [200] 188 309 617 937 101022 44 389 547 635
 102030 56 120 44 266 389 694 914 35 103328 234 541 85 739
 [100] 864 905 104100 68 329 93 97 105943 60 485 523 69
 691 727 106032 388 460 88 966 639 734 817 89 107059
 183 304 24 494 559 59 633 711 567 [100] 108080 64 160 74
 217 534 631 91 913 807 94 109124 266 [200] 727 61 [100] 79 92
 110051 497 301 72 769 629 996 54 110441 232 91 942 497

514 758 813 85 112033 70 538 490 587 843 112034 100 97
 257 [150] 909 114321 469 539 47 743 115032 99 428 46 591
 689 735 927 116285 138 330 84 505 04 707 53 822 62
 117015 21 32 48 [100] 216 304 621 22 817 118035 99 212 50
 58 66 318 467 543 55 760 810 64 [100] 994 119005 327 426 535
 822 48

120042 120 305 24 53 731 121312 41 71 774 812 67
 122045 21 84 840 426 64 505 857 68 924 123070 166 226 339
 306 16 471 72 588 673 732 71 894 908 18 25 124070 128 323
 94 334 41 43 418 34 [100] 36 38 76 541 829 249 125040 80 339
 43 67 73 94 48 428 62 [150] 966 126089 213 25 40 87 491
 742 47 70 75 867 127089 [100] 62 106 [100] 288 304 514
 754 892 128531 97 496 812 947 129039 28 315 627 748
 49 929

130025 76 361 729 803 131020 [100] 189 221 67 95
 132046 21 84 840 426 64 505 857 68 924 123070 166 226 339
 311 62 726 883 969 134027 333 438 736 40 806 135085 220
 619 736 26 916 99 136146 212 603 500 79 737 65 137050
 174 229 81 95 305 84 429 616 91 823 931 138033 36 149 255
 421 625 764 97 838 139032 95 113 229 69 541 69 777 819
 906 31

140038 39 694 141085 108 338 825 427 753 55 82 803
 962 142004 339 412 36 99 528 677 719 847 901 143050 116
 391 144415 438 744 83 809 145119 79 290 413 572 828
 146082 203 462 58 509 697 31 709 916 19 147124 31 53 87 349
 33 83 364 96 673 789 809 585 148004 77 114 229 476 552 65
 95 58 68 [100] 148972 624 85 846

150158 442 539 738 802 955 151080 [200] 85 329 89 411
 23 846 917 152030 [300] 124 331 326 536 75 616 39 848
 153077 83 267 [5000] 679 831 302 154118 47 280 509 611
 885 545 155115 44 46 82 661 763 156049 109 364 473
 [150] 694 708 32 38 993 15 157125 29 282 309 453 378 95 628
 78 75 94 [160] 99 884 975 158404 49 585 86 646 86 730 508
 159137 96 341 451 545 56 693 732 829 29 805 [100]

160192 162 362 540 [150] 670 78 88 898 161019 26 [100]
 188 381 531 32 708 82 162179 218 332 53 907 82 992 163054
 425 42 545 675 895 164339 36 431 617 703 849 85 165109
 300 312 339 688 749 73 830 934 69 95 166037 75 311 72 472 807
 71 999 134702 423 79 526 66 691 62 739 78 993 168019 22
 78 240 30 69 80 261 735 48 89 939 23 [160] 169047 101 254
 61 327 433 566 544 302 50 66

170035 [100] 116 59 352 419 27 800 733 864 919 [150]
 67 171202 325 94 419 22 604 75 130 000 174 884 172153
 493 17 91 944 173163 319 74 424 79 544 174041 [100] 136
 54 894 14 313 24 38 550 55 57 715 801 79 [100] 87 175179
 369 444 709 57 37 176021 113 220 378 796 58 928 56
 177166 227 62 347 [150] 63 590 785 178182 [100] 318 19
 89 422 92 537 603 22 789 951 53 179009 199 380 336 49 454
 518 735 92 933

180014 44 29 67 428 548 691 18 44 93 704 71 831 55 88
 905 181031 20 39 681 701 841 182108 299 323 410 858 87
 710 76 183048 355 419 [100] 607 29 624 856 88 977
 184010 289 327 671 76 87 776 92 825 27 59 949 62 185550
 [100] 416 634 67 733 895 924 49 186028 74 333 491 35 693
 566 96 187452 576 689 808 27 64 74 905 [300] 34 73
 188029 95 212 726 454 15 515 41 694 51 94 717 93 804 928
 189031 362 419 767

190029 93 304 55 469 558 748 916 191079 682 [300]
 192135 99 89 214 315 402 [15 0000] 545 688 768 817 [150]
 48 924 77 89 [150] 113004 303 350 680 677 82 705 815 364
 194206 87 89 195150 204 22 327 81 426 98 592 639 84 55
 010 94 194923 328 423 43 37 676 896 919 69 197073 303
 [150] 35 298 459 781 864 75 82 933 198361 76 217 27 479
 441 [150] 792 199143 239 44 68 425 35 89 518 704 5 11 34
 201008 198 240 48 49 399 449 11 528 36 640 64 66 867
 71 201056 173 532 80 98 499 729 805 921 202043 303 61
 [150] 490 28 539 [200] 70 [100] 748 203038 127 65 225 499
 715 44 [150] 857 204052 128 594 72 825 896 205074 189
 85 [300] 96 328 430 51 532 23 767 892 206088 127 68 81
 565 84 [100] 666 75 738 207234 433 35 616 728 897
 208062 307 421 36 69 573 [100] 634 50 374 82 46 904
 209051 67 08 94 108 12 39 406 511 613 47 81 726 [100] 69
 991 14 29 54 71

210046 101 70 219 44 437 [300] 569 618 68 89 840
 211056 218 65 308 418 90 042 95 754 961 212114 81 472 543
 859 915 213053 303 608 998 12 15 53 214120 323 72 426
 68 74 595 605 791 929 31 215022 41 174 77 517 69 86 641 77
 779 833 903 81 [150] 73 216027 [100] 299 398 55 60 77
 [100] 641 74 965 36 217152 15 284 40 333 96 656 706 992
 218046 138 67 [100] 97 572 613 95 894 219107 314 74 38
 62 [150] 535 675 754

220102 225 476 617 700 221013 65 80 173 338 74 [200]
 614 18 77 501 513 613 [150] 54 738 73 827 865 222145 289
 378 542 736 965 223134 45 381 749 55 83 224108 389 717

1. Ziehung 1. Klasse 204. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Januar 1901, nachmittags.
 Nur die Gewinne über 60 Mark hat den berechtigten
 Anspruch in Räumern beigefügt.
 (Cf. Nr. 553.)

7 94 184 241 54 305 74 612 35 883 935 1701 44 198 202
 [100] 28 29 91 384 528 48 618 85 708 886 2011 126 37 223
 32 [100] 507 763 [500] 197 3020 220 445 519 30 612 927
 4077 104 208 498 19 12 55 507 653 771 900 7 6135 305 91
 329 714 936 6110 284 708 97 804 910 16 7053 11 74 136
 90 298 352 422 37 88 544 97 758 907 84 85 8221 339 [200]
 503 12 34 26 69 88 706 884 9200 30 412 [100] 539 631 62
 70 756 864 97 990

10077 310 90 729 800 20 395 11018 294 322 534 613
 715 39 900 124985 196 219 344 90 800 523 61 642 44 700
 [300] 87 897 997 13022 246 47 90 313 437 59 530 58 68 767
 14008 159 310 644 15120 [100] 29 438 47 685 702 68 96
 853 669 78 10154 66 67 452 542 84 86 842 902 82 17132
 [100] 44 95 219 [100] 79 338 50 546 67 89 85 731 48 826 50
 18601 188 398 494 658 81 718 867 407 36 55 19125 28 94
 289 399 622 35 47 929 67 93

20039 384 546 629 43 70 85 816 79 908 92 21055 173
 211 63 490 598 610 51 714 51 22108 445 515 95 709 [150]
 2406 51 970 [100] 20857 125 374 446 61 628 790 91 879
 830 577 647 748 96 803 958 25509 163 62 284 487 511
 30 088 784 894 905 20032 81 [200] 182 312 64 94 416 629
 21 79 [200] 78 129 69 312 5 668 832 60 993 20042 241 339 636 577
 671 99 896 82 [100] 933 [100]

30017 78 169 69 291 7 524 42 821 747 80 47 82 94 972
 [100] 31108 35 275 343 433 564 651 703 919 32304 28
 36 [100] 449 689 735 [100] 833 76 35384 295 [300] 515 48
 98 739 [100] 929 73 [200] 24028 147 229 350 40 481 523
 947 78 26500 94 146 338 44 322 973 24034 51 419 25
 [100] 90 [200] 692 710 61 822 61 991 39 27348 202 61 408
 978 81 716 26 20033 150 97 679 73 79 762 75 857 89 95
 30188 228 433 910

40001 165 314 417 36 528 727 865 24 920 69 41230
 415 41 63 518 22 609 704 91 44269 111 41 235 496 515 80
 112 43084 112 332 79 405 79 659 69 89 866 96 44018
 [100] 33 176 256 78 238 42 494 162 68 733 808 [100] 32 33
 949 99 46561 314 [100] 69 494 16 82 505 721 864 40233
 49 418 585 679 89 825 952 47066 119 360 463 64 65 78 89
 481 587 455 48082 42 137 234 50 87 309 35 48 500 [100] 715
 50 55 62 854 49106 69 229 470 557 731 886 941

50123 [100] 460 570 530 75 51046 56 99 299 308 798
 52233 411 71

Die Differenzen in der Holzindustrie vor der Ahtzehner-Kommission.

Die Ahtzehner-Kommission in der Holzindustrie tagte am Dienstag nachmittag auf Veranlassung der Arbeiter unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. Gerth. Zur Verhandlung stand die von der Tischler-Zinnung versuchte Einführung der Kontrollbücher und Fragebogen, soweit es sich um die Mitglieder der freien Vereinigung der Holzindustriellen handelt. Die Vertreter der Arbeiter vertraten in der Sitzung die Ansicht, daß der Inhalt der Kontrollbücher eine Arbeitsordnung darstelle, durch welche die seiner Zeit vor dem Einigungsamt getroffenen Vereinbarungen durchbrechen würden. Was die Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffe, das dürfe den Vereinbarungen gemäß nicht einseitig festgesetzt, sondern müsse gemeinsam von beiden Seiten beraten werden. Auf die einzelnen Punkte der Arbeitsordnung eingehend, führte Glöck aus, daß Punkt 4, welcher den Ersatz verordneter Arbeit verlangt, ungeschickt sei, weil das eine Aufrechnung gegen den Lohn darstelle, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht zulässig sei. Die von der Zinnung beschlossene Einführung der Fragebogen bedeute die Einrichtung schwarzer Listen, einer Maßregel, die unter den Arbeitern Erbitterung hervorrufen müsse und gegen die Vereinbarungen verstoße.

Herr Gerth, der Sprecher der Arbeitgeber, bezeichnete die Fragebogen als etwas ganz harmloses, sie sollten sich nur gegen diejenigen Arbeiter richten, die von Werkstatz zu Werkstatz laufen und die Meister schädigen. Eine Maßregel gegen die Organisation der Arbeiter sei durchaus nicht beabsichtigt. Im übrigen seien sowohl die Fragebogen wie die Kontrollbücher eine interne Angelegenheit der Arbeitgeber, für welche die Ahtzehner-Kommission nicht zuständig sei. Nur Lohnunterschiede gehören zur Kompetenz der Kommission. Wenn trotzdem die Arbeitgeber hier erschienen seien, so hätten sie nur die Absicht, sich mit den Arbeitnehmern rein akademisch über die Angelegenheit auseinanderzusetzen. Uebrigens hätten bereits zwei Drittel aller Arbeiter die Kontrollbücher unterschrieben, ein Beweis, daß sie den Inhalt derselben für harmlos halten.

Im weiteren führte Herr Gerth aus, ob für verdorbene Arbeit Lohnabzüge zulässig seien, das sei noch eine zweifelhafte Frage. Wenn die Ungeleglichkeit nachgewiesen werde, würden die Arbeitgeber diesen Punkt zurückziehen. Hierzu bemerkte der Vorsitzende Dr. Gerth, das Gewerbergericht stehe auf dem Standpunkt, daß seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Aufrechnung für verdorbene Arbeit auf den Lohn nicht zulässig sei. Dagegen stehe dem Arbeitgeber in solchen Fällen der Weg der Entschädigungsklage offen. Auf eine Frage seitens der Arbeiter, warum die Unternehmer gerade jetzt diese neuen Bestimmungen einführen wollten, antwortete Herr Gerth: Weil die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit sie dem Arbeiter Vorteile gewähren, lebhaft Verurteilung unter den Arbeitgebern hervorgerufen und mancherlei Unklarheiten herbeigeführt hätten, die durch die neue Arbeitsordnung beseitigt werden sollen, und dann, weil die Organisation der Arbeitgeber sich jetzt stark genug fühle, um auch einmal mit ihren Bedingungen an die Arbeiter heranzutreten. Demgegenüber bemerkte Glöck und Ahrens von Seiten der Arbeiter, es sei doch ein Vorhaben, das man unter keinen Umständen billigen könne, wenn die Arbeitgeber die Vergünstigungen, die das Bürgerliche Gesetzbuch den Arbeitern gewährt, jetzt mit einem Federstrich beseitigen wollen, weil sie, die Arbeitgeber, gegenwärtig die Stärkeren seien. Es sei das um so mehr zu verurteilen, als doch die fraglichen Vergünstigungen selbst von den Vertretern der Arbeitgeber-Interessen als das unerlässliche Maß dessen, was man den Arbeitern zugestehen müsse, angesehen und beantwortet wären, während den Vertretern der Arbeiter die fraglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs lange nicht weit genug gehen.

Nach längerer Diskussion und nachdem die Arbeitgeber gesondert beraten hatten, erklärten sie, daß sie an der Arbeitsordnung nichts ändern könnten und dieselbe bestehen lassen würden. Wenn die Arbeitnehmer das Einigungsamt anrufen würden, so würden sie (die Arbeitgeber) dem Aufsolge leisten. Obermeister Rahr erklärte, das Einigungsamt sei doch nur für die außerhalb der Zinnung stehenden Arbeitgeber zuständig, und das sei nur der kleinere Teil. Die Zinnung würde sich nie einem Spruch des Einigungsamts fügen, weil sie einer andern Instanz unterstehe. Dazu bemerkte Glöck: Wenn derzeit die Situation verschoben werde, dann würde ja jeder Meister, sobald er der Zinnung beitrete, nicht mehr an die nach dem Streik festgesetzten Vereinbarungen gebunden sein. Es sei deshalb notwendig, festzustellen, daß jene Vereinbarungen zwischen den Arbeitern auf der einen und den Arbeitgebern auf der andern Seite geschlossen seien, ganz gleich, welcher Organisation dieselben angehören. — Auf eine Anfrage seitens der Arbeiter erklärte ein Vertreter der Arbeitgeber: Wenn auch jetzt die Verhandlungen weitergeführt werden, so würde doch der Beschluß, die nicht unterschreibenden Arbeiter zu entlassen, ohne Rücksicht ausgeführt werden. Rahr erklärte dagegen, das sei auf Grund der Vereinbarungen unzulässig. Im weiteren Verlauf der Debatte, die schließlich etwas lebhaft wurde, bemerkte Obermeister Rahr, daß die Zinnung gar keine Veranlassung habe, bei der Festlegung der Arbeitsordnung den Gesellenausschuß hinzuzuziehen. Ein anderer Arbeitgeber erklärte, in der vorliegenden Angelegenheit sei die freie Vereinigung mit der Zinnung durchaus solidarisch.

Die Verhandlungen hatten somit kein Ergebnis und es soll deshalb, wie Glöck sagte, das Einigungsamt angerufen werden.

Kommunales.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstagnachmittag 8 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen zu beschäftigen haben: Wahl je eines Mitglieds in den Ausschuß für Petitionen und in die Steuerdeputation. — Vorlage, betreffend die Beschaffung von Lehrern an der städtischen Laubstummenschule und Blindenschule. — Bericht-erstattung über die Vorlage, betreffend die Errichtung einer Stiftung zur Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen für minder bemittelte Einwohner Berlins. — Das von dem Stadtschulrat Dr. Wettram bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste an die städtischen Behörden gerichtete Schreiben. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betr. den Neubau der Brücke im Zuge der Adalbertstraße. — Vorlagen, betreffend die im System der Strafreinigung und Beseitigung zu treffenden Anordnungen. — Den Abschluß eines Vergleichs wegen Abtretung einer Fläche des Grundstücks Ede Bremer und Wittenstraße. — Die erfolgte Bauabnahme des umgebauten Wirtschaftsgeländes auf dem Grundstück des Krankenhauses im Friedrichshain. — Die Einberufung des Stadttages. — Die Erweiterung des Grundstücks Pappelallee Nr. 41/42 für Gemeindegewässer. — Die Beschaffung von 11 neuen Rehrmaschinen und 88 neuen Sprengwagen für das Etatsjahr 1901. — Die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über geeignete Maßnahmen zur Abwehr einer Erhöhung der Lebensmittelpreise. — Die Ueberlassung des Festsaals im Rathaus an den Centralverein für Gebung der deutschen Fluch- und Kanalschiffahrt. — Die Bewilligung von Ruhegeldern. — Die nachträgliche Umwandlung der einem verstorbenen Inspektor bewilligt gewesenem widerrechtlichen Pensionszulage in eine persönliche pensionsberechtigende Zulage. — eine Anstellungssache — und die Regelung der Gehaltsverhältnisse eines ordentlichen Lehrers an der 1. Realschule (höheren Bürgerschule). — Bericht-erstattung, betreffend die Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Beisther-Stellvertretern für den Vorstand zu der am 21. Januar d. J. im 16. Gemeinde-Wahlbezirk der ersten Abteilung stattfindenden Stadtverordneten-Ergebniswahl.

Tokales.

Tod des Bürgermeisters Brinmann.

Der zweite Bürgermeister von Berlin Herr Brinmann ist am Montagabend gänzlich unerwartet am Herzschlag verschieden. Herr Brinmann hatte in Begleitung seiner Familie eine Reitbahn in der Königin Augustastrasse aufgesucht, um hier seiner Gewohnheit gemäß Reitübungen zu machen. Er wurde nach kurzem Ritt plötzlich von Unwohlsein befallen, mußte vom Pferde heruntergehoben werden und wurde von seinen Angehörigen in einem Wagen nach seiner Wohnung am Nigow-Ufer gebracht. Hier starb er kurz nach seiner Ankunft.

Herr Brinmann ist nur 45 Jahre alt geworden. Er war anfänglich Rechtsanwalt in Tilsit, wurde hier 1883 zum Bürgermeister gewählt, erhielt aber nicht die Bestätigung. Königsberg i. Pr. wählte ihn 1891 zum Stadtrat und 1894 zum zweiten Bürgermeister. Diesen Wahlen wurde die Bestätigung nicht verweigert. Nach sechsjähriger Tätigkeit in der letzteren Stellung wurde Brinmann 1900 von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zum zweiten Bürgermeister von Berlin gewählt.

Brinmanns Wahl zum Bürgermeister von Berlin wurde erst nach heftigem Kampfe durchgeführt. Gegenkandidat war der reaktionär gesinnte Stadtrat und Stadtsyndikus Neubrink, der sich der wärmsten Empfehlung durch das gesamte Magistratskollegium und durch die rechtsstehende Tagespresse Berlins erfreute. Bei der Wahl am 5. April vorigen Jahres traten von den Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung die Gruppe Spinola und der größte Teil der Gruppe Jakob für Neubrink, die „Neue Linke“ und die sozialdemokratische Fraktion für Brinmann ein. Brinmann siegte mit einer sehr knappen Mehrheit, mit 69 gegen 66 Stimmen. Den Ausschlag hatten unsere Genossen gegeben, die mit ihrer Beteiligung an der Wahl in erster Linie bezweckt hatten, den Sieg eines Mannes wie Neubrink zu verhindern. Nachdem Brinmann dann fünf Monate auf die Bestätigung hatte warten müssen, konnte er am 4. Oktober in sein Amt eingeführt werden. Die Vorgänge, die sich bei diesem Akt abspielten, sind noch unvergessen. Brinmann schlug in der Ansprache, die er an die Stadtverordneten-Versammlung richtete, einen Ton an, wie man ihn von einem Mitglied des Berliner Magistrats bisher nicht gewöhnt war. Er sprach unter andrem von der Pflicht der Fürsorge für die städtischen Arbeiter, er streifte auch die heiklen Fragen der Wohnungsnot und des Straßenbahnwesens. Oberbürgermeister Richter und seine Kollegen im Magistrat sowie die Neubrinkianer in der Versammlung machten bei diesen Worten bedenklich lange Gesichter und ihr Spinola brachte die Stimmung dieser Herren durch unpassende Zwischenrufe zum Ausbruch.

Ueber Brinmanns Mitarbeit an der Berliner Gemeindeverwaltung ist leider wenig zu sagen; dazu war er zu kurze Zeit im Amt. Er hat die Hoffnungen und die Bestrebungen, die an seinen Eintritt in das Magistratskollegium geknüpft wurden, nicht rechtfertigen können. Seine Freunde wie seine Gegner hatten von ihm erwartet, daß er eine Art Pech im Kampfe des Magistratskollegiums sein werde, und die erwähnte Rede, die er bei seiner Einführung hielt, sah ja in der That danach aus. In Anbetracht der sonstigen Zusammenlegung des Magistrats glauben wir indes, daß die Hoffnungen wie die Befürchtungen doch etwas übertrieben waren. Der Perikles, den man diesem Augustusfall wünschen muß, war auch Herr Brinmann nicht. Was speziell seine Stellung zu den von unsren Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung vertretenen Anschauungen und Forderungen betrifft, so versteht es sich von selbst, daß Brinmann — bei allem sozialen Empfinden, das ihm innewohnte und ihn von manchem seiner Parteigenossen innerhalb und außerhalb der Berliner Kommunalverwaltung vorteilhaft unterschied — doch auch in diesem Punkte sich grundsätzlich zu dem Programm des Freisinnigen bekannte. Immerhin dürfte man aber dem Beginn seiner Amtstätigkeit mit einiger Spannung entgegensehen, und auch die Arbeiterbevölkerung hatte Grund, sie mit Interesse zu verfolgen. In den kurzen drei Monaten, die er der Berliner Gemeindeverwaltung angehörte, hat Brinmann sich nach außen hin besonders auf dem Gebiet der Waisenfürsorge betätigt. In den Versammlungen der Gemeinde-Waisenträte hat er regelmäßig das Wort ergriffen und in Bezug auf die Besserung der Waisenfürsorge einen großen Reformeifer, aber freilich auch einen unfreudigen Ernstes viel zu weit gehenden Optimismus bekundet. In der Stadtverordneten-Versammlung hat er sich nur zweimal an den Debatten beteiligt. Beide Male hatte er den unankbaren und — dem Eindruck nach — ihm selber widerstrebenden Auftrag, die recht besserungsbedürftigen Verhältnisse der städtischen Waisenfürsorge im Namen des Magistrats gegen die berechtigten Kritik der Arbeitervertreter zu verteidigen. Wir hätten es ihm gegönnt, sich an dankbareren Aufgaben versuchen zu dürfen. Sein unerwartetes Hinscheiden wird in weiten Kreisen der Bevölkerung aufrichtige Teilnahme erwecken.

Die Statistik im Dienste der Großen. Eine Unfallstatistik der Großen Berliner Straßenbahn, anscheinend um die Verunreinigung zu dämpfen, welche durch die Masse der von ihr geforderten Menschenopfer hervorgerufen worden war, hatte ein Berliner Blatt im Sinne der Direktion der „Großen“ gebracht und darin unter andrem bemerkt, daß sich die Dinge in sozusagen allmählicher Verleumdung, das heißt, an der Hand der nächsten Statistik, so stellen, daß, auf eine Million Wagenkilometer der Straßenbahn im letzten Jahre 1/2 Tote beziehungsweise Schwerverletzte entfallen, während die Eisenbahnen im Reich bei einer Million Wagenkilometer 6/5 Opfer gefordert haben. Hiergegen wird halbamtlich bemerkt: Die Gegenüberstellung der beiden Zahlen in diesem Zusammenhang steht einer Verfälschung des Thatbestands sehr ähnlich, denn sie kann nur erfolgt sein, um den Glauben zu erwecken, daß die Zahlen eines Magistrats bilden für den Grad der Gefährdung, der das Publikum bei den beiden Verkehrskarten ausgesetzt ist. Dem ist aber durchaus nicht so, denn in die für die Eisenbahnen angegebene Zahl sind auch die Unfälle der im Dienste befindlichen Eisenbahnbeamten eingerechnet, die nach der Statistik des Betriebsjahres 1898/99 70 Proz. sämtlicher in Eisenbahnbetrieben vorgekommener Tötungen und Verletzungen ausmachen. Vom Publikum sind einschließlich derjenigen Personen, die das Wohngelände einem ausdrücklichen Verbot zuwider betreten haben, nur zwei Personen aus einer Million Wagenkilometer zu Schaden gekommen. In der für die Straßenbahn angegebenen Zahl werden zwar vermuthlich die Tötungen und Verletzungen der Beamten ebenfalls enthalten sein, sie werden aber hier die Winderzahl bilden, so daß die Anzahl der dem Publikum zugestohlenen Unfälle sich im Straßenbahnbetrieb umglaublich höher herausstellen wird, als im Eisenbahnbetrieb. Die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn wird nicht umhin können, nunmehr die richtigen zum Vergleich allein geeigneten Zahlen aus der „nächstem Statistik“ heraus zu geben.

Die Großen war bisher gewohnt, daß ihr in allen Thaten die Regierung treu zur Seite stand. Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus während des Straßenbahnerstreiks kennzeichneten die dicke

Freundschaft zur Genüge. Daher hat die Direktion wohl geglaubt, auf Kosten dieses unigen Verhältnisses auch ein bißchen mögeln zu dürfen. Sie wird ihrem Widersprüche darüber machen, daß man so etwas oben über nimmt.

Das Baronische Millionen-Vermächtnis dürfte nun doch dem Fiskus zufallen. Wie erinnerlich sein dürfte, bestimmte der in Berlin verstorbenen Professor Baron sein 472 000 M. betragendes Legat zur Errichtung eines Waisenhauses unter der Bedingung, daß die darin aufzunehmenden Kinder streng vegetarisch erzogen werden. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung lehnte am 8. Dezember 1898 dieser Klausel wegen das Legat ab, während das Breslauer Stadtverordneten-Kollegium nach einiger Zeit das Legat mit großer Mehrheit annahm. Wie der Oberbürgermeister von Breslau Dr. Bender auf eine Anfrage mitteilte, ist die Bestätigung des Königs bis jetzt nicht erfolgt. Dem Magistrat wurde eröffnet, daß die Genehmigung zur Annahme des Vermächtnisses von dem Gutachten des preussischen Medizinalkollegiums abhängt, dessen endgültige Entscheidung noch aussteht. Im Falle der Nichtbestätigung, der durchaus nicht unwahrscheinlich erscheint, wird die halbe Million dem Fiskus anheimfallen, falls nicht noch die Erben Barons, welche, unter Aufhebung des Testaments, ihre Ansprüche geltend machen, zuletzt Berücksichtigung finden.

Neuere Bauwerke und Straßenzüge Berlins läßt die Verwaltung des Märkischen Provinzialmuseums vielfach photographisch fixieren, um sie der Nachwelt zu erhalten. Im Jahre 1899/1900 gelangten zur Aufnahme Häuser der Sponander-, Roß-, Mohr- und Leipzigerstraße, des Leipzigerplatzes, Hegelplatzes und einige Häuser im Kopenhavener Viertel. Insbesondere wurde das Könlische Rathaus noch kurz vor dem Abbruch von allen Seiten und im Innern aufgenommen. Für derartige Aufnahmen, einschließlich des Ankaufs einiger älterer gestochener Ansichten wurden an Etatsmitteln 525 M. verbraucht.

Verkehrshörungen auf der Stadt- und Ringbahn kommen seit einigen Monaten auffallend häufig vor. Auch gestern morgen war der Betrieb auf dem Sühning, wie es heißt infolge eines Maschinendefekts, teilweise unterbrochen und bis in die erste Stunde verkehrte die Züge so langsam und unregelmäßig, daß z. B. die Fahrt zwischen Wilmersdorf und Potsdamer Bahnhof, die nach dem Fahrplan 13 Minuten dauern soll, zum Teil über die doppelte Zeit in Anspruch nahm. So kam es, daß von einem fahrplanmäßigen Betrieb mehrere Stunden lang keine Rede war. Solche Unregelmäßigkeiten fallen um so mehr auf, als zum Oktober die Fahrtdauer an sich auf dem ganzen Ring um 7 Minuten verlängert wurde und keine Betriebsstörungen sich daher leichter als früher wieder wettmachen lassen. Es scheint fast, als ob die Vorbeeren der Großen Berliner der Stadtbahnverwaltung keine Ruhe lassen.

Durch Kohlgas schwer vergiftet wurden in der Nacht zum Dienstag die 46 und 21 Jahre alten Dienstmädchen Charlotte Sandberg und Anna Kiewitz, die bei dem Bild- und Gesäßelhändler Krzes in der Blankenfelderstr. 15 in Stellung sind. Der Kälte wegen hatten die Mädchen in der Küche den Gaslocher von der Maschine genommen und auf den Tisch gestellt, um die Maschine zu heizen. Dabei hatten sie den Schlauch vom Rohr nach dem Tisch hinübergelegt, um auf dem Gasapparat weiter kochen zu können. Nachdem sie am Montagabend Wasser gekocht hatten, vergaßen sie, den Hauptkahn zu schließen. Von wässern Wasserdämpfen beschwert, fiel man in der Nacht der Schlauch vom Rohr und das Gas konnte frei ausströmen. Als morgens der Bäckerfrau nicht geöffnet wurde, fand die Hausfrau, die sich nach ihnen umsah, die Mädchen bewußlos in der mit Gas angefüllten Küche liegen. Der Arzt Dr. Auerbach von der Rettungsgesellschaft ließ die Vergifteten nach erfolgreichen Wiederbelebungsversuchen mit einem Lüftungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Das jüngere Mädchen liegt hier sehr schwer danieder, das ältere, das in der Küche etwas weiter vom Gasrohr entfernt gelegen hatte, nicht ganz so schwer.

Eine große Diebs- und Hehlerbande ist wiederum von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Ihre Mitglieder, die Jubälter Richter Friedrich Fuhrmann, Klempner Max Schmitt, Straßencutter Richard Friedrich, Kellner Wino und Arbeiter Wodla, sowie die Diener Schubert, Schent, Kohnmann, Hille und Leschke wohnten in verschiedenen Stadtteilen. Die Männer verübten schon längere Zeit gewerbsmäßig Einbrüche bei besser gestellten Privatleuten und auch in Gold- und Schmuckwarengeschäften und Manufakturhandlungen.

Der Kriminalpolizei gelang es nach vielem Bemühen, den Kellner Wino festzunehmen. Dieser leugnete alles. Man ließ ihn wieder laufen, beobachtete ihn aber unaufgehebt und kam so allmählich hinter das ganze Treiben. Merkwürdig war es außerordentlich schwierig, es ganz aufzudecken, da die Beteiligten Kreise zusammenhielten wie Pech und Schwefel. Es wurde zunächst ermittelt, daß die Einbrecher sämtlich ihre Diener hatten. Diese unterhielten zum Teil auch Kuppelquartiere in der Alexandrinen- und Petristraße, die zugleich als Lager für die Diebsbeute dienten. Die Diener waren die Agentinnen der Einbrecher. Sie mußten versuchen, so viel als möglich unter ihresgleichen abzujagen. Was sie nicht gleich verkaufen konnten, trugen sie zum Teil zunächst selbst, namentlich schöne Kleider und Schmuckstücke, in denen sie sich ungeniert bei Tage und bei Nacht auf der Straße betrogen. Eine Wohnung in der Alexandrinenstraße war ganz mit gestohlenen Sachen angefüllt; sogar die Stöcke an den Fenstern waren bei einem Einbruch erbeutet. Hausdurchsuchungen in den Kuppelquartieren förderten außerdem eine große Menge von Dingen aller Art zu Tage. In der Petristraße fand man auch eine ganze Anzahl Pfandscheine über verleihte Schmuckstücke. Mit großer Dreistigkeit hatten die Einbrecher die Sachen vielfach auf ihren eignen Namen verlegt, zum Teil sogar beim königlichen Leihamt. Der gefährlichste Verleiher scheint Friedrich gewesen zu sein. Bei ihm fand die Kriminalpolizei die besten Einbrecherwerkzeuge, Stiefelgassen, Kreisfägen usw., alles vom besten Material und in tadelloser Ausführung. Es war, wie schon erwähnt, sehr schwer, an die Gesellschaft heranzukommen, aber es gelang nach und nach doch, alle Einbrecher- und Hehlernamen kennen zu lernen und die ganze Bande hinter Schloß und Riegel zu bringen. Auch der größte Teil der gestohlenen Sachen wurde bereits ermittelt.

Ein Ballon des Berliner Deutschen Vereins zur Förderung der Luftschiffahrt, der am Samstag um 9 Uhr 30 Minuten morgens dem Tempelhofer Felde aufgestiegen war, hat, wie man berichtet, eine interessante Fahrt durchgemacht. Er landete nach Kreuz- und Quersingen nachmittags 1/2 Uhr in Westbibern bei Osnabrück. Die etwa 400 Kilometer betragende Strecke wurde also in 6 Stunden und zwar bei einer Durchschnittshöhe von 1500 Meter, durchflogen. Vier Offiziere der Luftschiffahrt-Abteilung befanden sich in der Gondel. Die Kälte war während der Fahrt enorm.

Selbstmorde in Gasthäusern. In einem Gasthof der Invalidenstraße erschossen hat sich der 24 Jahre alte Kaufmann Georg Friedbach aus Glogau der sich zwei Tagen hier war, angeblich um Geschäfte zu erledigen. — In einer Wirtschaft in der Nähe des Alexanderplatzes erschoss sich gestern nachmittags ein unbekannter Mann von etwa 60 Jahren, der soeben von der Reise gekommen zu sein schien. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Feuerbericht. Dienstag früh 7 Uhr kam Neue Jakobstr. 5 in einer Tischlerei Feuer aus, das wegen starker Verwahrlosung die Hausbewohner verlästigte, aber in kurzer Zeit abgeloßt wurde. Gleichzeitig mußte Frankfurter Allee aus Friedrichsberger Gebiet ein Dachstuhlbrand beseitigt werden. Kronenstr. 57 brannte Wäsche. Kleine Wohnungsbrände verursachten kaum nach Diebstahlfen-

